

Wörter-Beitrag

Rüstet zum Roten Landsonntag am 15. Januar!

Beitrag täglich 1.00 Mk. + 04 Pf. ...
Wochenlohn = 2.50 Mk. ...
monatlich 2.15 Mk. ...
gebührenfreie Willkommenssammlungsangelegenheiten ...
Hauptredaktion um 8 Uhr ...

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 4302.
Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 4302.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 4302.

15 000 Antifaschisten tragen ihren Klassengenossen Hanisch zu Grabe / Siehe im Innern des Blattes

Belegschaften, laßt euch nicht überrumpeln

Rechtzeitige Vorbereitung der Betriebsrätemahlen / Kein Betrieb ohne Einheitsliste! / Nur so schafft ihr die Voraussetzungen zum geschlossenen Kampf um die Verteidigung eurer Lebensrisiken! / Nur aktive Streikführer auf die Belegschaftslisten!

Es ist unmöglich, daß eine Betriebsrätemahl in der kurzen Zeit, die zwischen den Wahlausschreiben und dem Stattfinden der Wahl liegt, im Interesse und zugunsten der Einheitsfrontbewegung aller Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden kann. Alle Belegschaften der Betriebe, alle Arbeiter und Angestellten müssen sofort durch Abhaltung von Abteilungs- und Betriebsversammlungen Stellung nehmen zur Betriebsrätemahl und eine Massenbewegung unter den Arbeitern und Angestellten entfachen, die zur Aufstellung einer Einheitsliste führt.

Wir wollen an einem Beispiel aufzeigen, wie es den Reformisten gelungen ist, eine große Belegschaft durch die schnelle Durchführung der Wahl zu überrumpeln und dadurch das Wahlergebnis für sich günstig zu beeinflussen, weil faktisch der Belegschaft nicht mehr die Zeit übrig blieb, um mit Hilfe der Sektion des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins und den Mitgleidern der KPD. in Abteilungs- und Betriebsversammlungen eine vom Vertrauen der gesamten Belegschaft getragenen Einheitsliste aufzustellen.

In den Deutschen Werken in Spandau, deren Betriebsratskörper durch eine schwache reformistische Mehrheit vom Jahre 1931 (884:662) beherrscht wurde, wurde die Wahl in der kürzesten gesetzlich zulässigen Zeit durchgeführt. Das Wahlausschreiben wurde am 5. Dezember 1932 im Betrieb angebracht. Am 19. Dezember 1932 fand bereits die Wahl statt.

Infolgedessen war die Wahlbeteiligung äußerst schwach. Trotzdem bei dieser Wahl insgesamt nur 300 Stimmen abgegeben wurden, lehnten es die Reformisten ab, am Wahltage noch die Stimmen auszuwählen. Die Reformisten hatten wohl ein Interesse daran, die Wahlurne eine Nacht stehen zu lassen. Daß sich die oppositionellen Kollegen nicht mit aller Kraft dagegen wehrten, war ein großer Fehler.

Dieses Beispiel zeigt, daß keine Belegschaft warten darf, bis das Wahlausschreiben im Betrieb angeschlagen ist.

Schon heute gilt es, in den Gewerkschafts-, Abteilungs-, Block- und Gruppenversammlungen und in Gesamtbelegschaftsversammlungen Beschlüsse fassen zu lassen, wo sich die betreffenden Arbeiter verpflichten, alle Kräfte einzusetzen für eine einheitsliche Betriebsratsliste auf der Grundlage von Kampfforderungen.

Gehen wir ohne Zeitverlust sofort an die Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit, so daß mit dem Erscheinen des Wahlausschreibens im Betrieb jeder Wähler überzeugt ist von der Notwendigkeit des Sieges der Liste der Einheitsfront des Kampfes, so schaffen wir auch alle Voraussetzungen zum Kampf gegen Lohnraub, gegen weitere Entrechtung, gegen den Faschismus und brechen den Einfluß der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie.

Politische Leichenschänder!

Breslau, 12. Januar 1933.
Die anläßlich der bestialischen Ermordung des SA-Genossen Hanisch durch SA-Wandlten wachsende antifaschistische Aktion gegen den Mordfaschismus haben die sozialdemokratischen Führer benutzt, um gegen die kommunistische Partei in der infamsten Weise zu hetzen. Die SPD-Führer, die die politischen Feldweibel von Schleicher sind, werfen in einem Artikel der „Volkswacht“ vom 10. Januar den Kommunisten politische Leichenschändung vor. Diese Leute nennen das politische Leichenschändung, wenn wir Kommunisten die antifaschistische Bevölkerung zu neuen Massendemonstrationen gegen faschistische Mordbestien aufrufen, wenn wir Schluß machen wollen, daß weitere revolutionäre Proletariat von den Hitlerbestien abgeschlachtet werden. Die „Volkswacht“ schreibt hierzu, „daß die SPD. es ablehnen müsse, sich an solchen sinnlosen, verzweifelten Aktionen zu beteiligen, sie marschiere nur dann auf, wenn es einen wirklichen Sinn und Zweck habe.“

Der gestern erfolgte Massenaufmarsch zur Belegung des ermordeten Jungarbeiters Hanisch war eine schallende Demütigung der SPD. auf ihre infamste Seite hin. Die kommunistische Partei, die Demonstrationen der KPD. und aller übrigen proletarischen Massenorganisations, die Kundgebung auf dem Friedhof und auch die Zustimmungskundgebungen der sozialdemokratischen Arbeiter bei der Rede des Genossen Sandner waren der schlagende Beweis dafür, daß die Massen der Breslauer werktätigen Bevölkerung bereits begriffen haben, daß die kommunistische Partei die einzige Kraft zur Führung des antifaschistischen Kampfes ist.

Die sozialdemokratischen Führer, die ihre Anhänger aufgefordert hatten, sich an der Belegung ihres Klassengenossen zu beteiligen, tragen die doppelte Schuld an diesem feigen Mord der Hitlerbanden, weil sie nicht nur die Schrittmacher des Faschismus sind, sondern auch die Schaffung der roten Einheitsfront und den wehrhaftesten Kampfes verhindern. Die Politik der Braun und Severing hat nicht zuletzt das Ausbreiten des Mordfaschismus begünstigt. Wer hat den Roten Frontkämpferbund verboten? War es nicht Severing, den die Bourgeoisie besonders lobte, daß er als preussischer Polizeiminister am schärfsten dem Kommunismus zu Leibe gerückt ist? Waren es nicht die sozialdemokratischen Führer, die mit ihrer ungläublichen Kommunistenhebe die sozialdemokratischen Arbeitermassen vom aktiven Kampf gegen die Faschisten abgehalten haben? Und überall dort, wo über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer sich die SPD.-Arbeiter mit ihren kommunistischen Klassengenossen zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen, überall dort steigern die Weis u. Co. ihre Hebe gegen die kommunistische Partei. Dieses bestialische und oben erwähnte Artikel in der „Volkswacht“ vom 10. Januar.

Wir wollen hier an Hand von einigen Tatsachen den sozialdemokratischen Arbeitern den Beweis erbringen, daß die SPD.-Führer in der Tat die politischen Leichenschänder sind.

Die Essener sozialdemokratische Zeitung hat die Ermordung des Bergmanns Szjotof in Bottrop durch den SA-Mann Kondurra benutzt, um ganz offen die Nazimordbestien in Schutz zu nehmen. Dieses sozialfaschistische Heßblatt schreibt am 29. Dezember unter der Überschrift: „Mörder! Mörder!“ u. a. folgendes:

„Das ist ja wieder mal eine laubere Bescherung im Lager der Diktaturanbeter. Einer beschuldigt den anderen des Mordes; jeder aber will die „Wahrheit enthüllen“. ... Was noch in den Vordergrund gestellt werden muß, ist das bei politischen Morden immer wieder von den Häuptlingen der Diktaturparteien geübte System der gegenseitigen Anschuldigungen. So trah allerdings, als es hier geschehen ist, hat dieses System noch keine Selbstentlarbung betriebe; man staunt einfach über die Unverfrorenheit, sich gegenüber der Diktatur in solcher Weise zu gerieren. Welch eine Gemeinheitslosigkeit und Verlogenheit, welche ein Durcheinander müssen bestimmen sein, wenn die Diktaturanbeter in beiden Lagern den Ermordeten als ihren Parteigenossen reklamieren. ... Wie es nun auch sei, auf jeden Fall zeigen die nazifaschischen und kommunistischen Presseverlautbarungen in der Gegenüberstellung eine Verderbtheit in der Gestattung, daß sich jeder anständige und ehrlich denkende Mensch von einer solchen „Kultur“gemeinschaft mit Schändern abwenden muß. Ganz gleich, wie sich der traurige Vorgang auch klären mag; wer möchte wohl noch die Verbundenheit mit Parteien aufrecht erhalten, deren ewiger Streit bei politischen Mordtaten die Schuldfrage ist? Parteien, bei denen der Angeklagte die „Mörder! Mörder!“ überhaupt nicht bestimmen kann, weil ihre Kampfslogung den blutigen Terror einfach herausbeschwört und fordert.“

Diese Haltung ist eine furchtbare Anklage gegen die SPD., die in der Praxis den faschistischen Mordbestien Hilfe leistet. Wer weiter den Naziführer Gregor Straffer zum Beschützer der Bundeschule des NSDAP. einlädt, der kann kein Feind des Mordfaschismus sein. Wer den „sozialen“ General Schleicher durch seine Politik praktisch toleriert, der kann trotz Oppositionsgehreil: „Fort mit der Regierung Schleicher!“ die werktätigen Massen niemals in einen Kampf gegen

Kriegsbetrieb im Streit gegen Lohnraub

Breslau, 12. Januar. (Sig. Drahtber.) Heute früh ist die gesamte etwa 600 Mann starke Belegschaft des Kriegsbetriebes Rablum-Gummierwerke in Köln-Deilich in den Streit getreten. Die Direktion, die noch vor kurzer Zeit etwa 700 Arbeiter kurzerhand auf das Pfahler geworfen hat, wollte jetzt an dem verbliebenen Rest der Belegschaft einen radikalen Abbau vornehmen. Die Arbeiter gaben auf diese Freche Zumutung die einzig richtige Antwort, sie traten geschlossen in den Streit.

169 000 Erwerbslose mehr in 14 Tagen

Herr von Schleicher verkündete bei seinem vor fünf Wochen erfolgten Regierungsantritt, daß seine erste Sorge sei, Arbeit zu beschaffen. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit mit jedem Tag gestiegen. Soeben wird der Bericht über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der zweiten Dezemberhälfte veröffentlicht: eine Armee von 169 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten ist neu zu dem Meer der Arbeitslosen gestoßen.

Offiziell wird die Gesamtbeschäftigtenzahl mit 5 773 000 angegeben. Das hat mit der Wahrheit so viel zu tun, wie Hitlers Behauptung von seiner Opposition gegen Schleicher. Die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen beträgt weit über neun Millionen, und Schleichers Arbeit besteht nicht in der Arbeitsbeschaffung, sondern wirkt sich so aus, daß die Not des Proletariats immer größer wird.

Aber Leipart toleriert ...

Nicht Todesstrafe — Zuchthausstrafe für SA-Mord

Frankfurt a. M. Der Mordprozess gegen die drei SA-Leute Stubenrauch, Arzt und Eich, welche angeklagt sind, die Hausangestellte Maria Busse ermordet und in den Rhein geworfen zu haben, ist zu Ende. Der Staatsanwalt hatte gegen den Hauptangeklagten, den Scharführer der Hitlerjugend Stubenrauch, die Todesstrafe beantragt. Das Gericht verurteilte ihn jedoch wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust. Er begründete das Urteil mit den Worten: „Heil Hitler!“

Gewerkschaftsbürokratie vereinbart 100 prozentige Steigerung des Lohnraubs

Breslau, 12. Januar. Der Schlichter für Niederschlesien, Obergerichtsrat Kramer, hat im Vorschritt des Gastwirtsgewerbes am 9. Januar den Parteien einen neuen Vorschlag auf größeren Lohnabbau gemacht. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeber haben sich auf diesen Vorschlag geeinigt. Danach sind neben einigen Veränderungen im Manteltarif für das Hotelgewerbe die Löhne um drei bis acht Prozent gesenkt worden. Die Löhne der Oberkellner, Hotelbdiener und Portiers erfahren eine Senkung von 5 Prozent. Die Löhne der Kaffeebdiener bis 6 Prozent und die Löhne des weiblichen Bedienungspersonals ebenfalls eine Senkung von 4 bis 6 Prozent. Diese Regelung gilt zunächst bis 30. September 1933 und kann zu diesem Termin erstmalig geändert werden. Wie in der Tarifverlängerung vom 30. November 1932 bis 2. Januar 1933 bereits beschlossen, kann eine Verrechnung der jetzigen Kürzungen rückwirkend ab 1. Januar erfolgen.

Diese rückwirkende Lohnraubvereinbarung der Gewerkschaftsbürokratie mit den Arbeitgebern muß auf den schärfsten Widerstand der betroffenen Gastmissetgestellten stoßen. Den am 22. Dezember gefällten Schiedspruch hatten die Unternehmer abgelehnt, weil ihnen ein Lohnabbau von durchschnittlich drei bis vier Prozent zuwenig war. Die Gewerkschaften hatten den Schiedspruch angenommen. Statt

den Kampf gegen die Arbeitgeber zu organisieren, haben sie sich noch mal mit ihnen an den grünen Tisch gesetzt, und das Ergebnis ist eine hundertprozentige Erhöhung des Lohnraubes. Wir sind der Auffassung, daß jetzt die Gastmissetgestellten das Wort haben; sie dürfen keineswegs zulassen, daß ihre elenden Löhne noch weiter abgebaut werden. Sie müssen ihren Kollegen in den anderen Berufsgruppen folgen, die mit der Waffe des Streiks jeden Pfennig Lohnraub abgewehrt hatten.

Proteststreik am Beerdigungstage

Breslau, 12. Januar. Die Belegschaft der Firma Gottscheiner, Schuhfabrik, Steinauer Straße, hat gestern am Beerdigungstage des von Faschisten ermordeten Jungarbeiters Hanisch einen halbständigen Proteststreik durchgeführt. Diese Streikaktion zeigt die wachsende Kraft der antifaschistischen Aktion.

den Kalkulationen führen, weil gerade Schleicher seit Jahren der Ver-
bundswirtschaft zu Hilfe ist.
Der Parteirat war es, der im Auftrage des NSDAP-Vorstandes in
einer Unterredung mit dem Vertreter der Pariser Zeitung „Excelsior“
die Unterdrückung der Schleicher-Diktatur proklamierte, damit „das
neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Wider-
stand der Arbeiter behindert wird.“ Die NSDAP-Führer erklären sich
damit für die Durchführung des weiteren Lohnabbaues und weiterer
sozialreaktionärer Maßnahmen gegen die Erwerbslosen für die Ver-
folgung der Arbeiterklasse, für die Entfaltung des faschistischen Re-
gimes. Die Sozialpartei und Tarnow spannen die Gewerkschaften für die
Durchführung der faschistischen Diktatur ein. Sie verraten die Ge-
werkschaftskollegen, und wollen sie mit abgewandten Händen an den
Faschismus anliefern.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen nun begreifen, daß nur
die kommunistische Partei der einzige und größte Feind der Schleicher-
Papen und Hitler ist. Die wachsende Kraft des Kommunismus ver-
ursacht einen Teil der Bourgeoisie, die Forderung auf Verleumdung
der NSDAP in das Schleicher-Kabinett gerade in den letzten Tagen
und Stunden so schärf zu stellen. Die faschistischen Terrororganisa-
tionen sollen offiziell zur Wiederhaltung und blutigsten Unterdrückung
der deutschen Arbeiterklasse eingesetzt werden. Die geplanten neuen
Diktatorgriffe sollen mit offener Unterstützung der SA- und SS-
Banden reibungslos durchgeführt werden.

Und deshalb rufen wir Kommunisten allen sozialdemokratischen
Arbeitern zu: Schluß mit dieser Partei, die die Nazimordbesten in
Schutz nimmt, die Nazi-Träger zum Besuch der Bundesstände des
NSDAP einladet, die Schleicher toleriert! Der zur Einheitsfrontaktion
gegen faschistische Diktatur, gegen Nordfaschismus! Einmütig in
den roten Massenstreik. Bildet mit uns rote Selbstschutzbataillone in
den Betrieben und in den Arbeitervierteln. Erhebt mit uns noch ge-
waltiger die Fahne der Antifaschistischen Aktion zur Vernichtung des
Faschismus. Weist mit, daß bei den Ortsabteilungs- und Betriebs-
rätewahlen alle Schleicher-Anhänger geschlagen werden.

Die Internationale der Kapitalisten

Nur durch die Abschüttelung aller Dummen und barbarischen
nationalen Vorurteile, nur durch den Zusammenschluß in einem
Bund der Arbeiter aller Nationen, wird die Arbeiterklasse eine Macht
werden, dem Kapital widerstehen und bessere Lebensbedingungen
erlangen.

Seht euch die Kapitalisten an: sie sind bemüht, den nationalen
Haß im einfachen Volke zu entfachen, aber selbst machen sie mit-
einander glänzende Geschäfte; in ein und derselben Aktiengesell-
schaft befinden sich neben Russen auch Ukrainer, Polen, Juden und
Deutsche. Gegen die Arbeiter sind die Kapitalisten sämtlicher
Nationen und Bekenntnisse vereinigt, während man die Arbeiter
durch nationalen Haß voneinander trennen und schwächen will.

(Aus der „Sewernaja Prawda“ vom 31. August 1913.)

Der Kommunismus wird siegen!

In der „Völkischen Morgenpost“, Organ der oberirdischen
Schwerindustrie, wird in dem Artikel „Schleicher und die NSDAP“
die Forderung der Nationalsozialisten in ein Kabinett der „natio-
nalen Konzentration“ aus Angst vor dem Kommunismus gefordert.
In dem Artikel heißt es unter anderem wie folgt:

„Man will Neuwahlen in diesem Augenblick unbedingt ver-
meiden, um das ganze politische Leben und vor allem die Wirk-
samkeit nicht zu neuen, in ihren weiteren Auswirkungen unübersehbar
Belastungen auszuweichen und womöglich dem Kommunismus den
Weg frei zu geben, wenn auf den Trümmern der zerfallenen
nationalsozialistischen Einheitsfront die ganze bürgerliche Welt dahin-
stürzt! Schleicher und Papen haben aus dieser unheimlichen und
unmittelbaren Gefahr den richtigen Schluß gezogen, daß noch ein-
mal alles versucht werden muß, um eine Eingliederung der
Nationalsozialisten in ein Kabinett der „nationalen Konzentration“
herbeizuführen, damit aus der Krise des Nationalsozialismus nicht
ein hemmungslöser Sieg des Kommunismus wird; denn darüber
besteht wohl kein Zweifel, daß Neuwahlen keine Entlastung der
bürgerlichen Parteien bringen, wahrscheinlich aber die Kommunisten
zur herrschenden Partei anwachsen lassen würden. Das um jeden Preis
zu verhindern, ist die Aufgabe jedes Nationalgeheimten, ist vor
allem die Pflicht der Regierung Schleicher, die der kommunistischen
Gefahr mit Erfolg nur begegnen kann, wenn sie sich einer breiten
bürgerlichen Front als Rückenstütze sicher weiß.“

Die herrschende Klasse und ihre Parteien von den Nationalsozia-
listen bis zu den Sozialdemokraten fürchten Neuwahlen wie die Pest,
weil sie genau wissen, daß neue Millionen werktätiger Schichten ihre
erwerbslose Rolle erkannt haben. Dieses Kapitalistenblatt
schreibt weiter:

„Das Geipen des Kommunismus grint uns heute nicht mehr
von fern an, sondern es steht schon mitten unter uns und greift
hinter in alle bürgerlichen Werte der Tradition, Kultur, Wirtschaft
und Gesellschaftsordnung. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß
sich das nationale Deutschland, im Vollbewußtsein der allgemeinen
Gefahr für Volk und Reich, zum Kampf gegen den Kommunismus
stellt, ehe er zum offenen Ausbruch kommt.“

Die Angst vor der proletarischen Revolution drängt
die Zeit der Bourgeoisie auf die sofortige Herinnahme der National-
sozialisten in ein Kabinett der „nationalen Konzentration“. Die
Nationalsozialisten sollen offiziell ihre Terrororganisationen
in den Dienst der Wiederherstellung der revolutionären Arbeiterklasse
und ihrer Kämpfe gegen Lohnabbau, Hunger und Freizug eingewandt
werden.

Der endgültige Sieg des Kommunismus über die kapitalistische
Herrschaft wird auch nicht durch die Einreichung der Nationalsozia-
listen in ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ verhindert
werden können. Der Kommunismus in Deutschland ist eine solche
Macht, die unüberwindlich ist. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise
und das damit zunehmende Elend der werktätigen Schichten zwingt
die Millionen deutschen Werkstätiger, den revolutionären Massenkampf
in der roten Einheitsfront noch viel schärfer als bisher zu führen.
Der Führer des Weltproletariats, der Genosse Stalin, hat in seiner
Rede vor dem Plenum der KPdSU erklärt, daß die kapitalistische
Welt mit der proletarischen Revolution schwanger gehe. Diese Gen-
gebung tritt auf Deutschland besonders zu, weil Deutschland das
schwächste Glied in der imperialistischen Kette ist.

Die Angst der Kapitalisten vor dem Kommunismus muß die
habsüchtigen und fieseren Massen nun erst recht veranlassen, unter
Auspice der NSDAP und der KPD, neue Massenreize gegen Lohn-
abbau, für die alten Löhne, neue Massenaktionen gegen Hunger und
Freizug, die Antifaschistische Aktion gegen den braunen Mordterror, für
den sozialistischen Ausweg aus Not und Elend anzuführen.

Kommunisten fordern Durchführung ihres Arbeits- beschaffungsprogramms

Genosse Kädel entlarvt das Gereke-Programm

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Im Sozialpolitischen
Ausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung über die
Arbeitsbeschaffung fortgesetzt. Ein Antrag der kommunistischen
Fraktion, wonach an Stelle der Fiktionalen Arbeitsbeschaffung
tatsächlicher Löhne und versicherungspflichtigem Arbeitsver-
hältnis durchgeführt werden, wurde angenommen.

Mit Hilfe des Zentrums und der Nationalsozialisten wurde ein
Antrag der kommunistischen Partei, wonach zum Zweck der Arbeits-
beschaffung die Arbeitszeit auf 10 Stunden wöchentlich und sieben
Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich festgelegt werden soll,
zurückgewiesen.

Angenommen dagegen wurde der Teil des kommunistischen An-
trages, der verlangt:
Es sind sofort alle im öffentlichen Interesse liegenden Arbeiten
wie Wohnungsbau, Straßen- und Wegebau, Erneuerungsarbeiten
der Reichsbahn, Flußregulierungen, Eindeichungen usw. in größtmög-
licher Menge in Angriff zu nehmen. Die hierbei beschäftigten Arbeiter
sind im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis und erhalten als
Mindestlohn den unabhängigen Tariflohn.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begann am
10. Januar die Beratung über die diesem Ausschuss übermiesenen
Anträge zur „Arbeitsbeschaffung“. Die Regierung war in den Ver-
handlungen durch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und den
Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke vertreten. Der
Vorsitzende des Ausschusses, der Zentrumsgewählte Braun, er-
teilte eingangs der Beratungen dem Reichskommissar Gereke das
Wort zur Erläuterung des von ihm ausgearbeiteten und in-
zwischen von der Regierung verkündeten „Arbeitsbeschaffungs-
planes“. Dr. Gereke vertrat die schon so oft von ihm gehörte An-
sicht, daß auf dem Wege einer Kreditaktion zur Durchführung
öffentlicher Arbeiten eine stärkere Anlaufbahn der Wirtschaft mög-
lich sei. Er erklärte, daß ein Fonds von 500 Millionen Mark ge-
schlossen worden sei, aus dem die Darlehen für die Durchführung
sogenannter öffentlicher Arbeiten gegeben werden. Einige von dem
Vertreter der kommunistischen Fraktion an ihn gerichtete Fragen,
und zwar, ob der 700-Millionen-Fonds für Einstellungsprämien
bestehen bleibe und wie sich der Reichskommissar die Verwirklichung
seines Planes in jenen notleidenden Gebieten und Gegenden, wo
die Aufnahme von weiteren Darlehen für die Gemeinden nicht mög-
lich sei, denke, erwiderte Gereke, daß die Frage der Einstellungs-
prämien noch unstritten sei. Er persönlich strebe danach, solche Ver-
fügungssummen zur Verwirklichung seiner Pläne zu erhalten. Zu
der Frage, welche Art Hilfe er besonders den schwachen Gemeinden
leisten wolle, machte er einige nichtssagende Bemerkungen.

Daß die mit großem Tamtam angekündigte Arbeitsbeschaffungs-
aktion durch den eigens zu diesem Zwecke ernannten Reichskommissar

Gereke lediglich ein unzulängliches Beruhigungsmittel für die gegen
den Hunger rebellierenden Massen ist, erhellt sich aus der Tatsache,
daß günstigenfalls von den 7 Millionen Arbeitslosen 250 000, das
heißt noch nicht 5 Prozent, für einige Zeit Arbeit erhalten könnten.
Doch ist zweifellos auch diese Ziffer noch zu hoch geschätzt.

Für die kommunistische Fraktion setzte sich Genosse Kädel in
treffenden Ausführungen mit dem Arbeitsbeschaffungsgerede im all-
gemeinen und dem Gereke-Plan im besonderen auseinander. Er
prangerte in wirkungsvoller Art und Weise die Unfähigkeit des kapi-
talistischen Systems an, die sozialen Probleme unserer Zeit zu lösen.
Er verwies auch insbesondere darauf, wie alle angebotenen im In-
teresse der Werktätigen von den kapitalistischen Regierungen unter-
nommenen Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise usw. von
den Kapitalisten zu ihrer Bereicherung ohne Rücksicht auf die hun-
gernden Massen ausgenutzt würden. Genosse Kädel erbrachte dafür
einige drastische Beispiele, daß auch besonders der 700-Millionen-
Fonds für Einstellungsprämien ein ausgeprägter Korruptions-
fonds sei. Wenn etwas Ernsthaftes im Sinne der Arbeitsbeschaffung
getan werden soll, dann seien als allererste Notmaßnahmen die in
den Anträgen der Kommunisten enthaltenen Forderungen durch-
zuführen. Es sei zunächst die Arbeitszeit allgemein auf 40 Stunden
wöchentlich zu begrenzen und dabei selbstverständlich den Arbeitern
der volle Lohnausgleich zu gewähren. Ferner müsse von einer Fi-
nanzierung auf dem Wege von Darlehen abgesehen werden, alle
überhaupt zu mobilisierenden Mittel (Millionärsteuer) müssten be-
reitgestellt werden, um sofort umfassende im allgemeinen Interesse
liegende Arbeiten durchzuführen, das sind: Wohnungsbau für die
werkstätige Bevölkerung, Kanalisationsanlagen, Eisenbahn-,
Kanalbauten usw. Für weitergehende Arbeitsbeschaffung verwies
Genosse Kädel auf das umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramm der
kommunistischen Partei und behielt sich vor, dasselbe oder Teile
dieses als Anträge im Reichstag erneut einzubringen.

In der Debatte verhielt sich sowohl die Nationalsozialisten als
auch die Sozialdemokraten, die Wirkung der Ausführungen des kom-
munistischen Redners abzumachen. Ihnen antwortete Genosse
Kädel nochmals, indem er sowohl das Inflationsprogramm zer-
stückelte, das die Nationalsozialisten Arbeitsbeschaffungsprogramm
nennten, als auch ihre Stellung zur Arbeitsbeschaffung anprangerte.
Gegenüber dem Abgeordneten Großmann vom NSDAP zeigte er die
für die deutsche Arbeiterklasse so verhängnisvolle Rolle der SPD-
und reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf. Er erinnerte den
Abgeordneten Großmann an die Haltung der Sozialdemokratie und
der reformistischen Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage, zur Na-
tionalisierung und deren sozialen und wirtschaftlichen Raubbau an
den Werktätigen.

Die Beratungen des Ausschusses werden fortgesetzt.

Scharfe Abrechnung des Genossen Neubauer

im Haushaltsausschuß des Reichstages mit Schleicher und seinen Tolerierungsparteien

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) In der Mittwochsitzung
des Haushaltsausschusses des Reichstages fand die Aussprache über die
Lage der deutschen Finanzen auf der Grundlage der Ausführungen,
die am Tage vorher der Reichsfinanzminister gemacht hatte, statt. Als
Vertreter der kommunistischen Partei hielt Genosse Neubauer scharfe
Abrechnung mit der Schleicher-Regierung und ihren Tolerierungsparteien.
Er kennzeichnete die Lügenhaftigkeit der Nationalsozialisten,
die vor der Öffentlichkeit ihren Anhängern gegenüber der Schleicher-
Regierung Opposition mimen, hier im Ausschuss aber auf Filzpano-
tischen an die Regierung herangeschleiert sind. Genosse Neubauer kenn-
zeichnete die arbeitereindliche Haltung der nationalsozialistischen Re-
gierungen in Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Mecklenburg, die
durch die Einführung der Schlachtsteuer die Ausplünderung der ar-
beitenden Massen in Stadt und Land ungeheuer verschärfen; er kenn-
zeichnete die Tolerierungspolitik der Nazisführer. Genosse Neubauer
mahnte sich gegen die SPD und erinnerte daran, daß sie durch ihre
Tolerierungspolitik der Diktatur-Regierung Schleichers erst den Weg

freigemacht und durch ihre Unterstützung der Regierung beim sozialen
Abbau, bei der Schaffung der Krisenfeuer, beim Abbau der Löhne
und Gehälter ein Verbrechen an der Arbeiterklasse begangen habe. In
Hand eines eingehenden Zahlen- und Tatsachenmaterials legte Ge-
nosse Neubauer die Folgen der arbeitereindlichen Finanzpolitik der
Regierung Brüning, Papen und Schleicher dar, die sich in der un-
geheuren Verelendung der Massen, dem Abbau der sozialen und
kulturellen Einrichtungen zeigt. Er wies hin auf die außerordentlich
schlechten Verhältnisse der Gemeindefinanzen, wie sie durch den Ban-
krott einer Reihe von Großstädten wie Köln, Frankfurt, Duisburg,
Trier zutage getreten sind.

Die kommunistische Partei bekämpft im Parlament und vor
allen Dingen in der Arbeiteröffentlichkeit die Finanzpolitik des Ka-
binetts Schleicher mit rücksichtsloser Entschlossenheit und wird alle
Kraft einbringen, um diese arbeitereindliche Regierung zu stürzen. Nach
der Rede des Genossen Neubauer wurde die Sitzung abgebrochen und
vertagt.

400 bewaffnete SA-Banditen überfallen Arbeiter

Berlin, 11. Januar. (Eig. Drahtber.) Gestern Abend fand
im Saalbau Friedrichshain eine von mehr als 3000 Personen be-
suchte öffentliche Versammlung der KPD statt. Kurz vor Eröffnung
der Versammlung marschierten etwa 400 mit Pistolen, Schlagringen
und sonstigen Mordwerkzeugen schwerbewaffnete SA-Banditen an,
die sofort unter Anwendung von Tränengasbomben sich gewaltig ein-
ließen in den Saal vorzudringen wollten. Die angreifende SA wurde
aber durch das energische Vorgehen des proletarischen Massenfehl-
schusses zurückgeworfen. Das braune Wegegagerengeheul zog sich
darauf in das Dunkel der Friedrichshainer Anlagen zurück und er-
öffnete eine wilde Schießerei auf die Passanten, während andere mit
Schlagringen auf einzelne Arbeiter einschlugen. Zwei Arbeiter
wurden schwer verletzt. Die zurückgeschlagenen Nazitrüppchen
dann in den Straßen von Nord-Ost ihre Schlägerei fortzusetzen.

Spiel für alle schlesischen und oberösterreichischen Arbeiter, noch besser die
Vorbereitung zu siegreichen roten Betriebsratswahlen durchzuführen.

Überfüllte Ruhrfundgebungen in Berlin

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Die gestrigen Fund-
gebungen in Berlin zum 10. Jahrestage der Ruhrbesetzung waren stark
besucht. In Köpenick waren mehr als 2000 Arbeiter. Auf der Schluß-
fundgebung auf dem Wilhelmplatz sprach ein Vertreter der Partei
zu 3000 Arbeitern.

SA-Franken aufgelöst

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Adolf Hitler hat den
Gruppenführer der SA-Gruppe Franken, den Reichstagsabgeordneten
Stegmann, wegen Unbetriebligkeit abgesetzt. Die SA-Franken ist auf-
gelöst.

Gestern Abend neuer SS-Überfall

Drei SAP-Arbeiter durch Messerstiche am Kopf schwer verletzt
Breslau, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Kurz vor Redaktion-
schluß wird uns mitgeteilt, daß die von Heines angeführten SS-
Banden gestern Abend gegen 22 Uhr einen neuen Überfall auf vier
SAP-Arbeiter durchgeführt haben. Die von der Demonstration
zurückkehrenden SAP-Arbeiter wurden in dem Moment, als sie sich
voneinander verabschiedeten, von 12-15 SS-Deuten, die mit Messern
bewaffnet waren, überfallen. Die SAP-Arbeiter Heißig, Simmert und
Schmidt sind durch Messerstiche am Kopf schwer verletzt.

Roter Sieg im Hamburger Hafen

Hamburg, 10. Januar. Bei der gestrigen Betriebsrätewahl beim
Staatslci, erhielt die rote Einheitsliste 401 Stimmen gegen
342 Stimmen im Jahre 1931, die Reformisten erhielten 357 Stimmen
gegenüber 422 Stimmen.

Dieser neue Mordüberfall am Tage der Beisehung des SA-Ge-
nossen Hanisch ist ein weiteres Alarmsignal an die Breslauer anti-
faschistische Bevölkerung, noch viel stärker wie bisher die Fahne der
Antifaschistischen Aktion gegen den braunen Mordterror zu entfalten.

Der rote Sieg im Hamburger Hafen ist ein anspornendes Bei-

Judne Dneplivny

„INTERNATIONALE FRONT“

Kampforgan der Arbeiter und Bauern Deutschlands und Polens / Preis 10 Pfennige

Kauft die Wochenzeitung

Aufmarsch der Fünfzehntausend!

Die Massen demonstrieren mit uns im Zeichen der Antifaschistischen Aktion — Kampfschwere am Grabe des Ermordeten

Breslau, 12. Januar 1933.

Breslau. Die gewaltigen Kampfaufmärsche der Breslauer Arbeiterchaft gegen den faschistischen Mordterror, welche in den letzten Tagen anlässlich der Ermordung des Jungarbeiters Panisch stattfanden, gestalteten sich zu einem noch viel gewaltigeren Aufmarsch am Beerdigungstage selbst.

Schon in den frühen Mittagstunden sammelten sich die Breslauer Arbeiter auf den einzelnen Sammelplätzen, um diesem Tage das ernste Gepräge des Kampfes gegen den Mordfaschismus zu geben. Der Aufruf der Kommunistischen Partei, welcher am Dienstag verteilt wurde und an die Breslauer Arbeiterchaft appellierte, den Beerdigungstag zu einem gewaltigen Kampftage zu gestalten, hatte unter den Proleten in den Betrieben und an den Stempelstellen starken Widerhall gefunden.

In geschlossener Front, in einer musterghiltigen Disziplin, rückten die Arbeiterbataillone an. Die Schreiwelle der „Volkswacht“ hatte gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was jene Leute glaubten, durch ihre Sägenmeldung erreichen zu können. Denn die Arbeiter hatten

erkannt, daß sie an diesem Tage nichts zurückhalten kann, ihren einheitlichen Kampfeswillen zum Ausdruck zu bringen. Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei von der Stunde der Mordtat an eine breite Mobilisierungskampagne durchführte, hatte auch zur Folge, daß die Breslauer Arbeiterchaft sich in weit stärkerem Maße in den Demonstrationen der Antifaschistischen Aktion einreichte.

Daß die Arbeiterchaft in doppelter Stärke unter dem Zeichen der Antifaschistischen Aktion aufmarschierte, zeigte ganz klar, daß nicht die Kommunisten die Zersplitterer der Einheitsfront sind, wie das die „Volkswacht“ so gern glaubhaft machen möchte, sondern daß die revolutionäre Arbeiterchaft sich jederzeit verbunden fühlt mit den Arbeitern der SPD. und des Reichsbanners. Der Kampfschwerpunkt, welcher in den Reihen des antifaschistischen Demonstrationenzuges herrschte, kam immer wieder durch die wiederholten Niederrufe gegen den Mordfaschismus zum Ausdruck.

Wieder ist Arbeiterblut geflossen, SA. ermordet unsere Genossen, schlägt die rote Einheitsfront! Das waren die ermahnenden Rufe, welche durch Sprechrohre in allen Arbeiterquartieren erschallten.

Arbeiter von Breslau! Kameraden des Reichsbanners, Genossen der SPD!

Dieser gestrige Aufmarsch hat gezeigt, daß, wenn die Arbeiterchaft sich durch nichts zurückhalten läßt, in der Herstellung der Einheitsfront, daß es dann auch möglich ist, daß die proletarische Klasse allen Feinden trotzen kann. Daß die Breslauer Schuppelpolizei bei diesem gewaltigen Aufmarsch sehr zurückhaltend war, zeigt, daß an der geschlossenen Einheitsfront alle Provokationen scheitern.

Dieser Massenaufmarsch und der vorhandene Kampfschwerpunkt, von welchem am gestrigen Tage die Breslauer Arbeiter befeuert waren, muß dazu angetan sein, in verstärktem Maße die rote kämpfende Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion zu verstärken. Steigerung der Massenkampfkraft der Arbeiter, Verbreiterung des roten Massen-selbstschutzes, das muß der nächste Schritt sein, welcher auf diesen Aufmarsch folgt.

Generalkrieg in Athen!
Barrikadenkampf in Madrid!
Streik der Textilarbeiter in Frankreich!
Bauernunruhen in Italien!
Gajenarbeiterstreik in Holland!

Das Weltproletariat organisiert den Massenkampf gegen kapitalistische Knechtung. Das deutsche Proletariat steht vor großen entscheidenden Kämpfen, die es nur siegreich beenden kann, wenn sich sein Kampf auf die Massenolidarität des werktätigen Volkes stützt.

Deshalb organisiert die Massenwerbung für die IAG, für die Solidaritäts- und Proviantkolonne der kämpfenden Arbeiterchaft!

Uniformierte Straßenbahner marschieren mit!

Die Verbundenheit mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus durch die Breslauer Gemeindegewerkschaft, kam sehr deutlich dadurch zum Ausdruck, indem im Zuge der Antifaschistischen Fahnen- und Delegations der KPD-Straßenbahner in Uniform mitmarschierte.

Wenn die Beteiligung der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter im Zuge der Eihernen Front schwächer war, als die Beteiligung bei der Antifaschistischen Aktion, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, auf das Verhalten der SPD- und Reichsbannerführung, die alles andere, als ein Interesse an dem ernsthaften Kampf gegen den Faschismus hat. Denn, daß erst die Reichsbannerführung am Sonntag, also 3 Tage nach dem Mord, zu einer Kundgebung im Saale aufrief und daß die „Volkswacht“ vom Dienstag eine gemeine Heze gegen die Kommunisten entfaltete, zeugt davon am deutlichsten.

„Nur mit des Geistes Schwert!“

Daß dieses nicht wegzuleugnen ist, davon legten auch die Worte des Reichsbannerführers am Grabe des Jungarbeiters Zeugnis ab. Ausgehend von den Gewaltmethoden, welche die Nationalsozialisten gegen ihre Gegner anwenden, kam derselbe zu der Schlussfolgerung, daß die Gewalttaten nur dann ein Ende haben werden, wenn der Gewaltkampf im politischen Leben wieder ersetzt werden wird, durch den geistigen Kampf.

Genosse Sandtner spricht:

Im Namen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterchaft Breslaus und Schlesiens, richtete Genosse, Landtagsabgeordneter Sandtner, am Grabe des Ermordeten ermahnende Worte, an die zu Tausenden auf dem Friedhof versammelten Massengenossern.

Treffend zeigte unser Genosse in kurzen Worten auf, daß die Mordwelle, welche durch die ganze Welt rast, ein Ausdruck der Gewaltmethoden einer im Absterben befindlichen Kapitalistenklasse ist.

Jene Klasse, welche sich nur noch mit den gewaltigsten Terrormaßnahmen gegen die unterdrückte Klasse an der Macht halten kann, gibt ihre Anträge an die dazu geschaffenen Mordgarden des Hitlerfaschismus, und so zeigen sich die jetzigen Mordüberfälle in allen Teilen Deutschlands.

Da dieses bankrotte kapitalistische System sich eben nur vor der wachsenden Welle des Kommunismus mit Gewaltmethoden schützt, muß dieses auch für die Arbeiterklasse als Notwendigkeit betrachtet werden, die Millionenkampffront herzustellen, die allen Gewaltmaßnahmen des Faschismus Trotz bietet.

Mit dem Appell, welchen auch die Eltern des Ermordeten an die Breslauer Arbeiterchaft richteten,

schließt die rote Einheitsfront gegen den Faschismus und Mordterror, schmiedet die Millionenkampffront des Proletariats und mit einem letzten „Rot Front“ an den ermordeten Jungarbeiter Panisch

schloß Genosse Sandtner seine Ausführungen.

Daß diese Worte des Genossen Sandtner, welcher hier an dem Grabe eines vom Faschismus gemordeten Massengenossern, die Arbeiterchaft zur Einheitsfront mahnte, starken Anklang bei den tausenden Arbeitern fanden, zeugt von dem wachsenden Willen der Einheitsfront.

Ein Genosse des Roten Massen-selbstschutzes sprach ebenfalls am Grabe des Ermordeten, noch einige ermahnende Worte. Waren die Straßen Breslaus am gestrigen Tage schwarz von Menschen, und hallte durch alle Viertel der Kampfschritt der Arbeiterbataillone, so war aber auch gleichzeitig zu verzeichnen, daß die braunen Mordgesellen es wohlweislich vorgezogen hatten, sich im Hinterhalt zu bewegen.

Der gewaltige Aufmarsch der Breslauer Arbeiterchaft hatte diese braunen Gesellen von der Bildfläche verjagt. Selbst die Zeitungs-

händler, die sonst nicht laut genug ihre Mordhepse anpreisen können, hatten sich in Stillschweigen gehüllt.

Nicht nur der gewaltige Aufmarsch der Arbeiter, sondern auch die Tatsache, daß die Belegschaft der Schuhfabrik Göttschiner gegen den Mord am Tage der Beerdigung in den Proteststreik getreten war, und daß überall, wo sich der Demonstrationenzug bewegte, die in der Nähe gelegenen Baustellen während dem Vorbeimarsch der Demonstranten ruhten, zeugt um ein weiteres davon, wie gewaltig der Kampfschwerpunkt gegen den faschistischen Terror innerhalb der Arbeiterchaft Breslaus ist.

Ein ehemaliger Arbeitsdienstler ruft zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht

Fußtritte und Drill — Kälte und Hunger — Nur Kampf mit der revolutionären Jugend kann uns retten!

Breslau. Ueber die Zustände in den Arbeitsdienstlagern haben wir schon des öfteren berichtet und aufgezeigt, welchen Schikanen und Drangsalierungen die Arbeitsdienstler ausgesetzt sind. Wir sind auch heute wiederum in der Lage, eine Zuschrift zu veröffentlichen, welche uns von einem Arbeitsdienstler übermittelt wurde.

Wir geben nachfolgend diese Zuschrift im Wortlaut wieder:

Ich war vier Monate in dem Arbeitslager des „Annabergbundes“ in Gnoschitz bei Guttentag OS. und einen Monat im Lager der „Landbeschützen“ bei Kreuzburg tätig und habe in dieser Zeit die übelsten Zustände des Arbeitsdienstes mit durchgemacht. Bis in den leuchtigen November hinein mußten wir im Arbeitslager Gnoschitz bei Wind und Wetter in sehr zerrissener Sommerkleidung und schlechtem Schuhwerk arbeiten. Wir schliefen des nachts in Baracken, wo der Wind überall durchpfliff, unter einer einzigen dünnen Decke. Doch das viele Ungelesene, besonders Wanzen und Flöhe, ließen uns nicht zum Schlaf kommen. Früh 5 Uhr wachte uns der Diensthabende mit Pölkern und Fußtritten. Die Wachgelegenheit waren lange trogartige Gestelle, die im Kasernenhofe standen, als wie für das liebe Vieh fürs Saufen geschaffen.

Um 6 Uhr ging es in den Wald Stöcke roden, wo wir unter dauerndem Antreiben der Führer sechs Stunden schufteten. Unser Taschengeld betrug pro Tag 50 Pfennige. Doch eines Tages, früh um 9 Uhr, wurde im Kasernenhof durch Aushang bekanntgegeben, daß es nur noch 30 Pfennige betragen soll. Ein Kamerad, welcher Innen-dienst hatte, setzte sich aufs Rad und überbrachte heimlich uns diese Neuigkeit. Im Nu war es über das Arbeitsfeld verbreitet, alle 450 Mann legten die Arbeit geschloffen nieder und traten in den Streik, trotz bittenden und drohenden Aufforderungen der Aufseher, doch die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Führer erhielten ja ihren Lohn von 18 Mark pro Woche und alles frei weiter. Außerdem belamen sie schon warme Militärmäntel, wo wir noch in dünnem Drillinganzug arbeiten mußten. Unter den Kameraden herrschte große Empörung über die Kürzung des Taschengeldes, und in den Baracken hörte man hier und da die „Internationale“ singen.

Der Direktor vom Arbeitsamt Kreuzburg lehnte unsere Forderung auf Weiterzahlung von 50 Pfennigen pro Tag ab, mit der Begründung, daß der Abbau eine Verordnung der Regierung sei. Deshalb verlangten nun 90 Arbeitsdienstler die sofortige Entlassung und Freifahrtsgeld.

Beim Abgange sagten sie der Lagerleitung, daß sie die besten Kämpfer für den Kommunismus geworden sind, und werden jeden Jungarbeiter vor dem Arbeitsdienst warnen.

Da nun die Lagerleitung weitere Abgänge befürchtete, wurden nun endlich auf dem schnellsten Wege Winterjacken besorgt, sowie auch Decken für die Baracken.

Aber bald sollte es wieder schlimmer kommen. Am 13. November wurde dem Annabergbund das Lager entzogen und vom Stahl-

helm übernommen. Die Antreiberei zur Arbeit wurde noch schlimmer. Fast jeden Nachmittag mußten wir zum Wehrsport antreten. Stolz und erhaben kommandierte im Kasernenhof der Stahlhelmsführer „Stillschalten“, „Abzählen“, „Auf, Wieder“ und so fort.

Fast kein Tag verging, wo nicht vier bis sechs Kameraden entlassen wurden. In einer Aussprache, die am Abend des 18. November in der Beschlusse des Lagers stattfand, verlangten wir einstimmig bessere Behandlung, worauf uns der Lagerführer antwortete, daß er von uns sich keine Vorschriften über sein Tun machen ließe. Nun war es mit der Geduld der gesamten Arbeitsdienstler zu Ende und dieselben riefen:

„Nieder mit den Stahlhelmbonzen!“

Am nächsten Tage verlangten wiederum 120 Arbeitsdienstler die Entlassung, so daß von dem vor einem Monat 450 Mann starken Lager nur noch 180 Mann im Stahlhelmlager verblieben. Ich ging nun mit einigen Kameraden am 19. November in das Arbeitslager der „Landbeschützen“ nach Kreuzburg über. Aber auch hier mußten wir die bitterste Enttäuschung erleben. Wir wurden in einer kleinen Tischlerwerkstatt zu 40 Mann untergebracht (drei Betten übereinander), wo viele Kameraden an der schlechten Luft und an Erkältung erkrankten. Ein jeder Arbeitsdienstler mußte in eigener Kleidung arbeiten. Wer Sachen haben wollte, dem wurde bis 60 Pfennig von dem färglichen Taschengeld jede Woche abgezogen, bis sie voll bezahlt war (ungefähr 8 Mark). Ende Dezember hatte ich den Arbeitsdienst satt und verlangte auch die Entlassung, denn ich habe erkannt, daß wir nur ausgedeutet werden, und durch die militärische Erziehung zu Bürgerkriegstruppen des Kapitals ausgebildet werden sollten. Gesundheit und Hoffnungsfroh trat ich in den Arbeitsdienst vor fünf Monaten ein und komme nun zurück stark erkältet und mit einem Brustleiden.

Mit der revolutionären Jugend will ich jetzt kämpfen gegen den Arbeitsdienst, für Arbeit zu tariflicher Entlohnung.

Dieser Schilderung der Zustände, wie sie in den Arbeitsdienstlagern herrschen und die Tatsache, daß die Jungarbeiter in diesen Lagern immer mehr und mehr erkennen, was die Arbeitsdienstpflicht in der Praxis ist. Die Revolutionierung und die Befreiungsbewegungen in diesen Lagern sind ein deutlicher Beweis, wie notwendig es für die Jungarbeiter ist, daß sie verstärkt den Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht führen. Genau wie dieser Jungarbeiter mit hundert anderen Jungproleten das Lager verlassen hat und für immer von diesem Arbeitsdienst befreit ist, werden noch viele zu der Ueberzeugung gelangen, in welcher Front sie zu stehen haben. Deshalb, Jungarbeiter, verstärkt die Einheitsfrontaktion des Jungproletariats gegen Militarisierung und Zwangsarbeit, folgt dem Ruf des ehemaligen Arbeitsdienstlers. Kämpft mit dem kommunistischen Jugendverband gegen alle faschistischen Angriffe.

Unter roten Fahnen haben wir den SAJ-Genossen Hanisch zu Grabe getragen

Unter roten Fahnen marschieren wir, der Bahn Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs folgend bis zum Siege im Kampf um Arbeit, Brot, Freiheit und Macht!

Heraus zur Massenkundgebung der KPD. und des KJVD. Sonntag, den 15. Januar 1933, vorm. 11 Uhr in der „Weltbühne“, Friedrich-Wilhelmstraße / Genosse August Sandtner, MdL, spricht / Proletarische Künstler rezitieren. Es läuft der russische Revolutions-Großfilm „Feuertransport“

Sichere dir sofort Deine Eintrittskarte! Eintrittspreis 30 Pfennig. Erhältlich bei allen Funktionären der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugend-Verbandes und im Büro, Königstraße

Diskreditiert...

wird der Genosse Pitobmann, denn gestern war der letzte Abrechnungstermin für die Verlosung, und heute haben noch

51 Ortsgruppen

Reste bei uns abzurechnen. Schickt sofort das Geld oder die noch unverkauften Lose an den Lotterietrieb.

Tätigkeit der Arbeiter-Samariter im Dezember 1932

Im Monat Dezember 1932 leisteten Arbeiter-Samariter (Unfallwache „Schillers Hotel“) in 365 Fällen erste Hilfe bei Unfallsfällen und plötzlichen Erkrankungen. Transporte wurden insgesamt 76 ausgeführt, und zwar in Krankenhäuser 19, nach der Wohnung von Verletzten 24, zum Arzt 7. Auf der Unfallwache, in Kinos, Theater und auf Sportplätzen usw. leisteten Samariter insgesamt 3630 Dienststunden.

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Solales: Walter Suda; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließliche Verlags-gesellschaft m. b. S., Breslau, Kreuzb. 24.

RUND UM DEN ERDBALL

Das „Untermenschentum“

Ein „nationaler“ Professor „beweist“ wissenschaftlich, daß die Proleten „Untermenschen“ und geistig minderwertig wären

Schutzzölle und immer neue Schutzzölle sollen der „nationalen Wirtschaft“ wieder auf die Beine helfen. Die Autarkie verlangt Opfer nur von den Wertvollen, von den Erwerbelosen; den Unternehmern in Industrie und Landwirtschaft geht es nach wie vor ausgezeichnet. Manchem Arbeiter, mancher Arbeiterin dämoniert es doch, daß an diesem System des Kapitalismus etwas faul ist. Immer weniger können sie es begreifen, warum gerade sie, die doch schon so wenig haben, noch weitere Opfer bringen sollen.

Da müssen denn „wissenschaftliche Beweise“ herbeigebracht werden, daß es sich hier um eine gottgewollte Ordnung der Dinge handelt. Und die Herren Professoren, Angehörige der bestehenden Gesellschaftsklasse, sind natürlich bereit, ihren Klassengenossen zu beschreiben, daß der Weg der Autarkie notwendig sei, um das Volksganze vor der völligen Vernichtung zu retten. Tausende und aber Tausende von wissenschaftlichen und halbwissenschaftlichen Abhandlungen über diese Frage sind in Deutschland erschienen, unter den verschiedensten Gesichtspunkten wurde sie betrachtet. Die größte Beachtung hat eine Schrift des Münchener Professors Dr. Edwin Baur: „Der Untergang der Kulturvölker im Licht der Biologie“ gefunden. Der Herr Professor greift die Sache von der Seite der Rassenforschung und Rassenhygiene an und behauptet, daß es zu einer Verschlechterung der arisch-deutschen Rasse gekommen sei, die im wesentlichen darauf beruhe, daß die Bevölkerung sich mehr und mehr in den großen Städten ansammle. Hier seien geradezu Brutstätten der Minderwertigen, der seelischen und geistigen Verkrüppelung des Volkes.

Die Fabrikarbeiter und Tagelöhner haben durchschnittlich doppelt und dreimal so viel Kinder als die höheren Beamten und Offiziere, und das ist für Professor Baur der Anlaß zu behaupten, daß „die erblich zweifelhaftesten Veranlagten mehr Kinder bekommen als die erblich Besseren“. Ebenso hat sich gezeigt, daß überhaupt in den Schulen immer die Schüler mit der schlechtesten Durchschnittsnote fast dreimal so viele Geschwister haben, als die Schüler mit der Durchschnittsnote: gut.“

Es ist eigentlich kaum verständlich, wie so ein Universitätsprofessor, der sich seit vielen Jahren mit den Fragen der Rassenforschung beschäftigt, zu derartig hanebüchenen, unsinnigen Schlüssen kommen kann. Wird doch immer wieder und durchaus mit Recht verlangt, daß die Schulzeugnisse im späteren Leben nicht gewertet werden sollen, weil sie erfahrungsgemäß nicht im entferntesten ein Bild davon geben können, wie sich der Schüler später entwickelt. Die Dummheit und Stumpfheit preußischer Beamten, die zufällig einmal „Lehrer“ geworden sind, gibt ja dem lebensbegierigen Schüler nicht nur keine Gelegenheit, den Willensstolz auf den ihn interessierenden Gebieten zu betätigen. Im Gegenteil! Mit Prügel, Nachfragen, Schulfesthalten und blauen Friesen wird jede individuelle Regung vom Lehrer oft genug mit Unterstützung des Elternhauses im Keime unterdrückt.

Es ist doch höchst kein Zufall, daß alle bedeutenden Männer, auch des bürgerlichen Lagers, schlechte Schüler waren. Natürlich gefiel es nur ganz wenigen Proletariatskindern, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten später auszuwerten. Wir möchten einmal sehen, was aus Herrn Professor Baur und seinesgleichen geworden wäre, wenn ihm seine Eltern frühzeitig gestorben wären und er ohne Vermögen und mittellos auf einer Volksschule durch sieben Schulklassen hindurchgeprügelt worden wäre, mit acht Jahren schon Zeitungen hätte austragen müssen und mit vierzehn Jahren das

erste selbständige Geld verdienen! Da hätte ihm seine ganze hervorragende Erbanlage nichts geholfen!

Aber was tut man nicht alles, um für einen höheren Zweck den Beweis zu liefern? Da ist man gern bereit, seine wissenschaftliche Überzeugung einmal rasch zu ändern. Ganz besonders bedauerlich findet es der Professor Baur, daß die erblichen Missbildungen „infolge des hohen Standes der Medizin und der Hygiene künstlich am Leben gehalten“ werden. Unter krankhaften Eigenschaften, deren Träger ausgerottet werden müßten, versteht der Herr Professor neben Geisteskrankheit und Epilepsie auch

Gicht, Fettsucht, Zuckerkrankheit und Kurzsichtigkeit. Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß die Rassenverschlechterung seiner Meinung nach durch „die starke Zuwanderung von Ostjuden in den Nachkriegsjahren“ bedingt ist. Alles muß darauf abzielen, die sozialen Elemente unschädlich zu machen, eine Fortpflanzung zu verhindern und im übrigen — die Autarkie aufrecht zu erhalten, um ein besseres und gesünderes Volk heranzuzüchten. Hierbei „kommt es nicht darauf an, . . . alle Lebensmittel möglichst rationell und billig zu erzeugen, sondern es kommt alles darauf an, daß ein lebenskräftiger Bauernstand erhalten wird“.

Die Margarine-Notverordnung und die dauernden Preiserhöhungen der notwendigsten Lebensmittel liegen ja durchaus in der Linie weiterer Verteuerung. Allerdings geht dabei trotzdem die kleinere und mittlere Bauernschaft zugrunde, weil sie einfach nicht mehr in der Lage ist, die dauernden Steuererpressungen zu ertragen. Die minderwertigen Elemente verhungern bei vollen Scheunen, nur damit die Oberschicht noch mehr schlemmen kann.

Dr. med. Wilhelm Smientz.

380 000 Liter Benzin in Flammen

In Ellesmere-Port am Mersey, in der Nähe von Liverpool, entzündete sich ein Benzintank, der ein Fassungsvermögen von 380 000 Liter hatte. Da sich auf dem Gelände 37 derartiger Tanks mit einem Fassungsvermögen von 275 Millionen Liter befinden, hatte die Feuerwehr schwere Arbeit, um ein Uebergreifen des Brandes zu verhüten.



Spiegel der Ereignisse

„Nationales Heim“ — mit Auslandskapital

Bukarest, 11. Januar. Das Stammkapital der rumänischen Petroleum-Gesellschaften betrug im Jahre 1932 13 Milliarden. Von diesem Gelde ist aber 75 Prozent, das heißt 9,7 Milliarden Lei, ausländisches Kapital, welches sich folgend auf die einzelnen Staaten verteilt: England 2,6, Frankreich 2,1, Amerika 1,3, englisch-holländische Gesellschaft 2,1 Milliarden Lei, Belgien 65, Italien 35, Holland 68 und die übrigen Staaten 75 Millionen Lei.

— und Schieberparadies

Bukarest, 11. Januar. Wieder wurde ein Riesenpanama in der Hauptstadt entdeckt. In den Materiallagern der Staatseisenbahnen ist man einer Millionenuntererschlagung auf die Spur gekommen, über die noch völliges Stillschweigen herrscht.

In 13 Haushaltungen in Stolberg am Harz sind insgesamt 31 Personen an Scharlach erkrankt. In zahlreichen Fällen nimmt die Krankheit einen besorgniserregenden Verlauf. Ein 24-jähriger Mann ist im Sangerhäuser Krankenhaus gestorben. Die Schulen wurden geschlossen.

Der 12-jährige Sohn des Besitzers Otto Bengsch aus Gushterholländer, Kreis Friedeberg (Neumark), spielte mit dem Jagdgewehr seines Vaters, wobei sich ein Schuß löste, der den Knaben tödlich traf.

Im Gefängnis in Meß hat sich der vom Geschworenengericht wegen Mordes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte 22-jährige Saarländer Hans Barth erhängt.

In Nordgriechenland haben starke Schneefälle eingekehrt. In einigen Gegenden Mazedoniens ist die Temperatur auf 10 Grad unter Null gesunken.

Der Präsident einer polnischen Naphthageellschaft, Ingenieur Dajó, hat in Lemberg Selbstmord verübt.

Im Neuen Deutschen Theater in Prag brach während einer Opernprobe ein Holzgerüst zusammen, auf dem etwa 20 Mitglieder des Opernchores standen. Neun Chormitglieder erlitten Verletzungen.

Der Koch Wilhelm Felter aus Saarbrücken hat sich mit Gas vergiftet und seine Frau und sein 1¼ Jahre altes Söhnchen mit in den Tod genommen. Der Beweggrund dürfte wirtschaftliche Not gewesen sein.

100 000 Elementarschulen

Die Erfolge der RSFSR. im Kulturaufbau

Die Jahre des ersten Planjahrplans haben nicht nur an der Industrialisierungsfront große Erfolge gezeitigt, sondern auch an der Front des Kulturaufbaus. Die wichtigsten im Fünfjahrplan vorgesehenen kulturellen Maßnahmen sind bedeutend übertroffen worden. Die allgemeine Schulpflicht ist eingeführt und die Liquidierung des Analphabetentums wird beendet. 8 Millionen Kinder sind von der elementaren Schulpflicht erfasst.

Die Anzahl der Elementarschulen in der RSFSR hat 100 000 überschritten. Die Schülerkontingente in diesen Schulen sind fast ums Doppelte gestiegen: von 7 Millionen in den Jahren 1928 und 1929 auf 13 Millionen 255 000.

Für die Volksaufklärung in der RSFSR wurde in diesem Jahre mehr verausgabt als im zaristischen Rußland im Laufe von 13 Jahren (1900 bis 1913). Im zweiten Planjahr — 1934 bis 1935 — wird die allgemeine obligatorische siebenjährige Schulpflicht in den Vorliegenden eingeführt werden. (In den Städten ist die siebenjährige Schulpflicht schon obligatorisch.) Eine der größten Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans des Kulturaufbaus ist die Verwirklichung des Parteiprogramms über die politische Schulpflicht bis zum Alter von 17 Jahren. Eine polytechnische zehnjährige Schule wird bereits geschaffen, in der zum Schluß des Fünfjahrplans alle Kinder, die die siebenjährige Schule absolviert haben, lernen werden.

Beginn des Daubmann-Prozesses

Freiburg (Br.), 11. Januar. Am morgigen Donnerstag beginnt vor der Strafkammer des Landgerichts Freiburg im Breisgau der sensationelle Betrugers-Prozess gegen den falschen letzten „Kriegsgefangenen“ Oskar Daubmann, der im Oktober vorigen Jahres durch Fingerabdrücke als ein von der Polizei seit langem gesuchter Betrüger und Schwindler namens Ignaz Hummel entlarvt wurde.

Der falsche Oskar Daubmann wurde durch sein gerissenes Betrugsmanöver in der Rolle des „letzten Heimkehrers aus französischer Gefangenschaft“ zum Gegenstand eines nationalistischen Kummels. Die nationalen und nationalsozialistischen Kreise führten den Betrüger als längst totgeglaubten Helden, als das Opfer grausamer französischer Gefangenschaft im Triumphzuge in seinen angeblichen badenschen Heimatort Endingen, wo die alten Eltern des echten und längst toten Oskar Daubmann unter der Suggestion des entfachten nationalistischen Kummels den Betrüger als ihren Sohn anerkannten.

Wir werden über den Verlauf dieses Prozesses ausführlich berichten.

Seppel fährt München—Berlin

Ein tolles Stück hat sich ein Tiroler Gymnast mit dem landesüblichen Vornamen Seppel geleistet, der am Neujahrstag seinen Eltern in Innsbruck ausriß, sich in München eine Tare nach Berlin mietete, wobei er sich als chinesischer Offizier ausgab und dann hier die 420 Mark betragende Tare nicht bezahlen konnte. So ist der Chauffeur von diesem Bourgeoisbengel unerhört betrogen worden. Der Ausreißer wurde zunächst dem Betrugsbegünstigten im Polizeipräsidium zugeführt und dann in Polizeigewahrsam genommen.

Jedes Zeitungs-Verbot ist unwirksam

Wenn die Frau zu Witten Kampfforg
steht und trotz Terror weiter ihre
Zeitung besohlet und ein ständige
Werker bist.

Glosse vom Tage

Die „Pythia“ gestorben

Hätte man nicht den Trost, daß Hanussen, der Prophet Hitlers und sein Sterndeuter, noch am Leben ist, man könnte verzweifeln. Eine Prophetin ist heimgegangen. Frau Lisbeth Seidler, die Hellseherin und Weissagerin der Ellarets und des Grafen Moltke, hat das Zeitliche gesegnet.

Die Ulstein-Presse beklagt ihren Tod und erzählt Wunderdinge über ihr Leben. Eines der größten Wunder, so verkündet die Zeitung, sei das gewesen, daß sie schon im Jahre 1899 den Weltkrieg vorausgesagt hat. Wahrscheinlich, ein großes Wunder. Offenbar waren bis dahin alle der Meinung, daß das ungeheure Weltwunder nur zum Zwecke jealischer Vergnügung durchgeführt wird. Pythia bzw. Seidler aber vollbrachte das große Wunder, zu verkünden, daß eines Tages ein Weltkrieg ausbrechen würde.

Von dieser Prophezeiung war Moltke derart verblüfft und beglückt, daß er sie — die Lisbeth Seidler nämlich — gleich in Hof- und Militärkreisen einführte und sie zur „Heerespythia“ ernannte. Mit dem Ausbruch des Krieges brachen jugsagen ihre Ruhmestage heran. Sie erhielt einen Paß, der es ihr ermöglichte, im Hauptquartier ein- und auszugehen, jederzeit über die Grenze zu reisen und bei den Stern- und Spionage zu treiben. Ob die Spionage sich nur auf die kleinen Planeten bezog oder noch anderswo, das bleibt vorläufig Militärgeheimnis.

Welchen Erfolg Moltke zu verzeichnen hatte, ist ja allgemein bekannt. Ob er dies gerade seiner Hellseherin verdankt, wissen wir nicht. Von Moltke landete sie bei den Brüdern Ellarets. Es ist bekannt, daß auch diese ihr Reich nicht im Himmel erblickten und sich manche irdischen Genüsse zukommen ließen. Es heißt, daß sie auch Proletat die Zukunft prophezeit hat. Ob sie ihm gerade Untersuchungshaft vorausgesagt hat, wissen wir ebenfalls nicht.

Kurz ihre Tätigkeit erstreckte sich über Hof, Armee, Handels- und „Verkehrs“-kreise, und nun ist sie in den Himmel eingegangen.

Aber wie gesagt, verweist ist Deutschland trotzdem nicht. Die „Heeres-Pythia“ ist gestorben, Eril Hanussen, Hitlers Hausprophet, lebt.

Streikflammen im Kohlengebiet Belgiens

Brüssel, 10. Januar. Die Hungeroffensive der belgischen Regierung gegen die Arbeiterschaft trifft auf erbitterten Widerstand, insbesondere der Bergarbeiter, die nun erkennen müssen, daß jenes schändliche Verratsabkommen, das die Gewerkschaftsbürokratie zur Abwägung des letzten großen Streiks mit den Unternehmern und der Regierung abgeschlossen hat, die Einleitung neuer großer Lohnraubvorstöße bedeutet. Im Kohlenrevier von Charleroi sind erneut zahlreiche Streiks ausgebrochen, die besonders zahlreiche Kohlenzechen in der Provinz ergriffen. Im ganzen Revier finden Demonstrationen der streikenden Bergarbeiter statt und die bürgerliche Presse verzeihlich mit großer Anruhe die Tatsache, daß die Streiks „einen revolutionären Einschlag aufweisen“. Die Welle der Empörung ist so groß, daß diese sozialdemokratischen Führer sich wieder zu radikalen Manövern entschließen müssen, um zu verhindern, daß die Bewegung aus ihren Händen gleitet, wie es beim letzten großen Bergarbeiterstreik bereits der Fall gewesen ist. Unsere Bruderpartei organisiert unermüdet in den Zechen die einheitliche Kampffront der Arbeiter.

Massenbewegung für die Rettung Kwang Kwang in den USA

New York, 11. Januar. Die über eine Viertelmillion Mitglieder zählenden Organisationen: Antimperialistische Liga, Sektion der Internationalen Roten Hilfe in den Vereinigten Staaten, Liga für Gewerkschaftseinheit usw. haben eine groß angelegte Kampagne zur Rettung Huan Pings begonnen. In einem Telegramm an Tschanghsienkang fordern sie die sofortige Freilassung Huan Pings. Vor den chinesischen Konsulaten in New York, Chicago und San Francisco werden Demonstrationen organisiert. Zahlreiche Delegationen werden den chinesischen Botschafter deshalb aufsuchen.

Die Unruhen und Streiks in Spanien

Sozialdemokratisch-republikanische Regierung
mordet 40 Arbeiter

Madrid, 10. Januar. Trotz der blutigen Unterdrückungsmaßnahmen der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung gegen die Arbeiterschaft dauern die Unruhen und Streiks in allen Teilen Spaniens und Kataloniens weiter an. Wie mitgeteilt wird, sind über 40 Arbeiter von der Polizei und Zivilgarde ermordet und über 75 verletzt worden. Diese Zahlen werden bei weitem nicht die wahren Verluste wiedergeben, da die Regierung alle Nachrichten durch die Zensur gehen läßt. In zahlreichen Städten kam es zu schweren Straßenkämpfen. In Teneriffa streikten die Hafenarbeiter geschlossen, in Madrid hat ein Teil der Arbeiter der Elektrizitätswerke die Arbeit niedergelegt. In Valencia herrscht der Generallstreik. Die Stadt gleicht einem Kriegsschauplatz, das Militär hält die Straßen besetzt. In den umliegenden Dörfern haben die Arbeiter und Bauern auf die Nachricht von den blutigen Mordtaten der Regierungstruppen stürmische Protestkundgebungen veranstaltet und in zahlreichen Fällen die Rathäuser gestürmt. In Fedralba und Lebernas bemächtigte sich die Einwohnerschaft des Rathauses und hißte die Sowjetfahne. Die gesamte Presse veranstaltet eine wahnwitzige Mordhetze gegen die kommunistische Partei. In einigen Gegenden ist trotz der Terrormaßnahmen der Eisenbahnstreik vollständig.

Generallstreik in Sevilla

Madrid, 10. Januar. In Sevilla ist heute der Generallstreik verkündet worden. Vor der Universität kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, bei denen zwei Polizeibeamte getötet und vier Demonstranten verwundet wurden.

Unhängsel des Völkerbundes

Sozialdemokratie appelliert an die imperialistischen Räuber, den „Frieden zu retten“ — Eine Interpellation an die Schleicher-Regierung

„Völkerbund muß handeln!“ so schreit es heute über alle vier Spalten aus der ersten Seite des „Vorwärts“. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nämlich — nicht etwa einen Antrag —, sondern nur eine Interpellation eingebracht, in der sie bei der Reichsregierung anfragt, ob die Regierung bereit sei, im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan den Völkerbundsakt und den Kelloggpaß gebrochen hat. Des Weiteren fragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Schleicher-Regierung, ob diese „im Völkerbund, dessen Ansehen schon durch sein bisheriges Verhalten in dieser Sache schweren Schaden erlitten hat“, für die „sofortige und bedingungslose Anerkennung und Ausführung des Lyttton-Berichtes“ eintreten will. Viele Interpellation der Sozialdemokratie an die Schleicher-Regierung ist ein ungeheuerliches Betrugsmanöver. Die Sozialdemokratie weiß sehr gut, daß der Völkerbund nicht eine „Friedensorganisation“, sondern ein Kriegsinstrument der großen imperialistischen Räuber ist, und ihr Schrei: „Völkerbund muß handeln!“ ist nur dazu bestimmt, noch einmal in krampfhaften Betrügermethoden die Illusion zu verbreiten, als ob der Völkerbund, dieses Nordbrennerinstrument, jemals etwas für den Frieden tun würde. An wen appelliert die Sozialdemokratische Partei? An jene imperialistische Regierung in Deutschland, die es duldet, daß riesige Kriegstransporte von Deutschland nach Japan befördert werden. Die Sozialdemokratie appelliert an die imperialistischen Regierungen, die im Bunde mit den japanischen Kriegsräubern die Kolonisierung Chinas betreiben. Was bedeutet ein solcher Appell an die anderen imperialistischen Räuber. Japan Einhalt zu gebieten? Das bedeutet nichts anderes, als sich an den einen Straßenträuber um Hilfe gegen den anderen Straßenträuber zu wenden.

Es kann bei der weiteren Verschärfung des Krieges im

fernen Osten dazu kommen, daß nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern vielleicht auch England sich gegen den Eroberungszug des japanischen Imperialismus wendet, weil sie eine Beeinträchtigung ihrer imperialistischen Interessen durch den japanischen Konkurrenten befürchten. Wird jemand etwa behaupten wollen, daß diese imperialistischen Räuber dann für den Frieden eintreten, oder für die Sache des chinesischen Volkes? Nein! Jeder wird erkennen, daß diese imperialistischen Konkurrenten Japans nur ihre eigenen räuberischen Interessen verfolgen und um ihren Anteil an der Ausplünderung des chinesischen Volkes kämpfen. Wenn sich diese imperialistischen Räuber gegen den japanischen Räuber wenden, so heißt das eben, daß sie den Kampf um die Neuverteilung der Welt beginnen, so bedeutet das eben nichts anderes als den neuen imperialistischen Weltkrieg. Das ist der Sinn und die Konsequenz des sozialdemokratischen Appells an die imperialistischen Regierungen. Das Schamloseste an der sozialdemokratischen Interpellation ist jedoch die Tatsache, daß darin die Ausführung des Lyttton-Berichtes verlangt wird, dieses unter Mitwirkung des deutschen Imperialismus entstandenen Planes zur gemeinsamen Ausplünderung des chinesischen Volkes durch die imperialistischen Mächte.

Wir appellieren nicht an die imperialistischen Regierungen, denn wir wissen, daß diese Regierungen selbst den Krieg fieberhaft vorbereiten, wir appellieren an die Proletarier, die einzige Kraft, die imstande ist, dem Krieg ein Ende zu bereiten und durch ihren revolutionären Massenkampf gegen die Bourgeoisie und gegen die imperialistischen Regierungen jedes einzelnen Landes die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges und einer Intervention gegen die Sowjetunion abzuwehren.

Generaloffensive auf Jehol

Japanische Truppen marschieren auf die Hauptstadt Jehols — Fliegerbombardement hinter der Front! — Sowjetfeindliche Provokationen

Tokio, 11. Januar. Halbamtlich wird gemeldet, daß Dienstag die militärischen Aktionen der japanischen Armee gegen die chinesischen Truppen an der Grenze der Provinz Jehol begonnen haben, nachdem vormittags die Frist abgelaufen war, die den chinesischen Generalen vom japanischen Armeestab für die Einstellung der Truppentransporte in Jehol gestellt wurde. Die japanische Truppenbewegung geschah in der Richtung auf die Hauptstadt Tschaojan. Die japanischen Truppen haben den Befehl, die chinesischen Grenzorte unter allen Umständen zu besetzen und jeden chinesischen Widerstand zu brechen. Die japanischen Flieger haben mit der Bombardierung der Verbindungswege und der Eisenbahnen begonnen.

Der Mailänder Vertreter der Telegraphenunion hatte eine Unterredung mit dem japanischen Vertreter beim Völkerbund, Matsuo, der durch seine sowjetfeindliche Propaganda berühmt ist. Dieser offizielle Diplomat erklärte, der Vormarsch Japans werde deshalb vorgenommen, damit die Mandchurei zu einem großen „unabhängigen“, militärisch und wirtschaftlich gesicherten Staat gemacht werde. Solange chinesische Generale in China ihr Wesen trieben, sei das gleichbedeutend mit der Schaffung eines Chaos, das Rußland (!) benutzen werde, um die Bolschewisierung weiter nach Asien zu tragen. Die Beziehungen zu Rußland seien zwar zurzeit freundschaftlicher Art, aber Japan werde niemals dulden, daß Rußland Asien bolschewisieren (!). An die Adresse des Völkerbundes gerichtet, erklärte Matsuo: „Wenn ihr den Frieden in Asien wollt, dann müßt endlich unsere Positionen. Wenn ihr aber das Chaos wollt, das vielleicht einen

Weitenbrand heraufbeschwören wird, dann stellt euch auf die Seite Chinas.“

Im japanischen Kabinett teilte der Außenminister Uchida mit, daß bisher noch keine einzige ausländische Macht bei der japanischen Regierung Einspruch gegen den Vormarsch in Nordchina erhoben habe.

Protestdemonstrationen

vor der japanischen Botschaft

Mexiko, 11. Januar. Zu einer großen Demonstration, an denen sich etwa 500 Demonstranten beteiligten, kam es vor der hiesigen japanischen Botschaft. Mehrere Fenster des Botschaftsgebäudes wurden eingeworfen. Die Polizei verhaftete zwei Kundgeber.

Die irischen Wahlen

London, 11. Januar. Die sogenannte Irische Republikanische Armee hat beschlossen, an den Wahlen nicht teilzunehmen. Der Boykott ist eine Demonstration gegen De Valera. Die revolutionären Arbeitergruppen Irlands haben für Dublin Jim Larkin junior als Kandidaten aufgestellt, der mit einem antimperialistischen Programm und für den Kampf der Arbeiterklasse auftritt.

Zwischen

WILLY HARZHEIM

Tanks und Stacheldraht

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

3. Fortsetzung.

In der pfropfenvollen Schankstube pufft Rudi Schweiffelt ihn in die Seite und lacht: „Mensch, Karl, Schwein gehabt, wat?“ Langsam begreift Karl Allerich: „Ja, weißt du, der Fischlein hat so gestunken! Der ist sicherlich nur Parfüm gewöhnt!“ Aber er zweifelt noch an seinem Glück. Er schielt verstohlen nach dem Schwarzen hin, macht sich klein und zwängt sich nach der Mitte der Schankstube hin.

Die Paßkontrolle ist beendet. Die Männer haben die Revolver eingesteckt und stehen neben den mit ausgepflanztem Seitengewehr bewaffneten Soldaten. Bevor sie alle hinausgehen, springt der Schwarze noch einmal auf einen Tisch, schimpft auf französisch und droht allen: „Wir werden noch finden den Krefz, mon Dieu, ein andermal bestimmt!“ Er knallt beim Hinausgehen die Tür fest zu.

Der angeführte Spigel

Zögernd gehen die Delegierten hinaus auf die Straße. Sie hören das Klattern des Autos, das mit den verhafteten Genossen zur französischen Kommandantur fährt. Rudi Schweiffelt will Gewissheit haben, ob Hallig auch verhaftet worden ist. Er ruft laut über die Straße: „Franz, Franz Hallig!“ Viele rufen: „Hier! Wat is denn?“ Es ist aber nicht Halligs Stimme. Er ruft noch einmal. Mitten im Rufen sieht er Hallig um die Ecke des Wirtschaftes biegen.

„Wo hast denn du gesteckt?“

„Ich? Ich bin aus 'm Fenster gesprungen. Hab' meinen Paß auch vergessen gehabt!“

„Hättest mir 'nen Wink gegeben, ich wär' dir nachgekommen. Hätt' nicht die Angst auszusteigen brauchen“, sagt Allerich. Und nach einer Weile: „Aus welchem Fenster bist du rausgesprungen? Kann man da wieder reinkommen? Ich hab' meine Tasche noch drin!“

„Weißt du Karl, ich kenn den Weg besser als du. Man muß

durch einen Hühnerstall klettern. Ich werd deine Tasche holen!“ sagt Franz Hallig.

„Wenn du willst, Sie liegt unter der Springermatte in der Ecke.“

Sie gehen langsam ein Stück weiter.

„Hier, Karl, halt solange meine Tasche“, sagt Franz Hallig und läuft zurück.

„Mach's gut!“ rufen die beiden ihm nach.

Es schließt sich ihnen niemand an, der Allerich wie am Morgen dies und jenes fragt.

„So, Rudi, endlich können wir beide uns unterhalten. — Hat Franz dir schon Bescheid gesagt?“

„Ja, gestern abend. Kannst auf mich rechnen! Ich mach gerne mit.“

„Hast gesehen, wie schärf die hinter uns her sind? Wir müssen verdammt vorsichtig sein!“

„Du, der Krefz war auf einmal weg, hat der wat geahnt?“

„Der mußte nach Düsseldorf, gehört ja auch noch zu unserem Bezirk.“

„Schwein muß der Mensch haben, Karl!“

„Wat meinst, Rudi, wenn die mich mit der Tasche getriegt hätten! Ich hab das ganze Antimaterial drin. — Au Mensch, ich darf gar nicht dran denken. — Ueberhaupt, woher wußten die nur, daß Krefz gesprochen hat?“

„Das weißt du nicht?“ staunt Rudi Schweiffelt. Er erzählt ihm seine Beobachtungen im Schankraum.

„Wenn ich den Lump von Achtgroßenjungen mal erwische.“

Was Karl Allerich dann mit ihm machen würde, zeigen seine Hände. Ein Hand macht eine greifende, die andere eine schlagende Bewegung.

„Paß auf, Rudi, heute abend ist Sitzung der Antileiter. Bei Wolf. Weißt du, wo der wohnt? Segeroth 14. Da kommt's hin. Aber guck dich um! Ein französischer Genosse ist heute da. Wir werden genau deine Arbeit besprechen.“

Sie gehen schneller die Straße hinunter und schließen sich einem Trupp an. vorne, hinten, neben ihnen, überall hören sie ein Schimpfen auf die Genossen, die den Spigel an die Tür herankommen liegen.

„Wie kleine Kinder, denen man Schokolade gibt, wenn sie ruhig sein und mal wat nicht sehen sollen!“

„Die Duffels, hätten doch was merken können. Waren doch

französische Zigaretten, die er da verreckt hat!“

„Du, sag das nicht, bei uns kann man überall französische Zigaretten kaufen!“

Mittlerweile ist Franz durchs Fenster geklettert. Ungehindert kann er Allerichs Aktentasche unter der Matte hervorholen. Er klettert durch den Hühnerstall zurück und läuft dem Trupp nach. Er fühlt sich jetzt sicher, glaubt, alle Gefahr sei vorüber. Er sieht nicht den großen jungen Mann und die anderen Männer, die in einer Seitenstraße stehen. Sie warten auf das Auto, das sie zurückbringen soll. Der Große hat Franz erpöcht. Er sagt etwas zu den Männern und bittet sie, ihm zu folgen. Er läuft ein Duzend Schritte vor ihnen her, Franz Hallig beobachtend.

Hallig ist beim Trupp angekommen. Er schlägt Allerich auf die Schulter und lacht ihn an.

Der Große dreht sich um, wertet auf die Männer, spricht wieder mit ihnen. Sie nicken ihm zu. Der Große zieht einen Revolver aus der Tasche und rennt mit seinen langen Beinen auf den Trupp zu, packt Franz am Arm und zerrt ihn, die anderen Jungen mit dem Revolver bedrohend, aus dem Trupp heraus und bringt ihn zu den Männern.

Die Jungen um Allerich und Schweiffelt wissen nicht, was los ist. Ueberrascht bleiben sie stehen und schauen Franz Hallig nach, der ohne Sträuben dem Großen folgt. Karl Allerich ist der einzige, der sich nicht umgedreht hat. Er steht stocksteif da. Rudi Schweiffelt schiebt Allerich nach vorn, zerrt ihn in eine Gasse hinein. „Auf, wat du laufen kannst!“ „Los doch!“ muß er noch einmal aufordern. Da bewegt sich Allerich und läuft die abfallende Straße hinunter.

Rudi Schweiffelt schlüpfte aus der Gasse und stellt sich unter die wartenden Genossen. Hallig kommt mit lustigem Gesicht die Straße herunter. Alle umstellen ihn. Hallig lacht leise: „Se he, angeführt! So ein Dämmlad! Er hat schon richtig gesehen, hat aber nicht alles gesehen!“ Er klopft auf die Tasche: „Sind nur Butterbrote drin!“ Die Jungen geben sich mit dieser Erklärung zufrieden und gehen weiter. Hallig drängt sich an Rudi Schweiffelt heran und fragt: „Ist er getürmt?“ Schweiffelt nickt. „Gott sei Dank! Eine Sekunde früher und der Große hätte gesehen, wie wir unsere Aktentaschen tauschten!“

„Ja, Schwein muß der Mensch haben!“ lacht Schweiffelt wieder. „Aber jetzt wird's Zeit, daß wir hier wegkommen. Is verdammt heiß hier!“

Kontinuation folgt


F Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Liegnitz

Central-Lichtspiele Besuchen Sie bitte unsere erklärungsreichen Filmvorführungen	Kristall-Palast Sie sehen bei uns immer neueste Filmwerke
---	--

S. Harlam
Herren- u. Knaben-
Konfektion
Ring 40
9495**Willi Swobbe**
Ring 9
9507
**Das Geschäft für gute
billige Waren****Kurt Teichert**
12 Kohlmarkt 12
empfiehlt seine
ff. Fleisch-
u. Wurstwaren
9372**Trinkt das gute
Braukommune-Bier**
Braukommune zu Liegnitz
9668**Pestsäle**
„**Wintergarten**“
jed. Sonntag großer Ball
9508**Verlangt die guten
Plastenbiere**
der Liegnitzer
Aktienbrauerei AG.
9507**Rich. Walther**, Gerichtsstr. 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9570**Matratzen
Scholz & Kosig**
9742 Sedanstraße 2**P. Kwiatkowitz**, Burgstraße 50
Schuhreparatur
Größter elektrischer Betrieb
9506**Für Schuhwaren aller Art
Sprotte** G.m.
b. H.
9571 Frauenstraße 15**Deutsches Kaufhaus**
Mittelstraße 39 u. Frauenstraße 38
9551**Karl Cinte**, Kohlmarkt 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9 9552**Daloklassen, Butter, Eier, Käse
H. K. R. u. a.**
Liegnitz Haynau Goldberg
9690**Deuthen Bezirk Liegnitz**
Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Klemm
30005**Kauf von Stoffen und Futtersachen
Herrn- und Knabenbekleidung**
30008 bei I. Cohn, Ring 23-24**Walter Dienst**
Lebensmittel
30006**H. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Dugu**, Breslauer Str. 89
9373 Telefon 4857**Fritz Lode**, Markt 9
vormals C. H. Fietzsche Nachfolger
Kolonialwaren
30007**Paul Jacob**, Markt 31
Fleisch- u. Wurstwaren
9712**Union - Einheitspreis
GmbH., Sagan**
Anschlußfirma der Wohlwert-
Einkaufsgesellschaft, Leipzig
Spitzenleistungen in bester Quali-
tätsware → 5 / 10 / 15 /
25 / 35 / 50 / 75 / 1.-M.**Brauerei „Tivoli“**
Karamell- u. Einfachbier
Kohlenhandlung
9723**Fritz Skupin**, Ring 32
Herren- u. Knabenbekleidung
9720**Schuhhaus WENGER**
Markt 20
9713**Max Döle**, Sorauer
Straße
Zigaren, Zigaretten, Tabak
9718**Kaufhaus
Brandt & Wegner**
immer gut
u. d. billig!**O. Blaurock** „Ansbachartikel“
Keplerstr. 49
9714**R. Winkler**
Fleisch- und
Wurstwaren
Fischendorfer Str. 2
9715**Stratz Hoffmann**, Schützenstr. 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9681**K. Marcinjak**
Fleisch- und
Wurstwaren
Hohestraße 6
9717**Der Arbeiter trinkt nach Feierabend
das gute
Berthold-Bier**
Reserviert W 21
9903
9906**Alfred Wörfel**
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 70
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533**Paul Pfandle**, Brennmaterialien
Dom, Mehnerstraße
Telefon Nr. 991
9898**Schuh-Nowak**
Ecke Mälz- und Mohrenstraße
9904**Leber, Seifen, Gummiabstriche
Schuhputzmittel**
9909**Herren- u. Knabenbekleidung
Holf Knappberger**, Markt 18
9902**Färberei, chemische Reinigung
Karl Schönborn**, Preussischestr. 40-41
9900**Gebroder Kurze**
Inhaber: Willi Zein, Lange Straße 39
Weinstockerei u. Likörfabrik
Qualifikations- u. Auszeichnung - Geogr. 1846**Dresel & Co.**, Markt 25
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
9901**Deckert & Co.**
Erd- und Feuerbestattung
Langstraße 23
9907**Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt bestens**
9911**Piotrkowski**, Markt
Seit 35 Jahren Qualitätswaren
Immer am billigsten
9909**Nach Feierabend trinkt der Arbeiter
und Sportler
das gute Bier und Brause von
Lecke & Co.**
30009**Brot- und Feinbäckerei
Georg Skobel**, Mälzstr. 7
30011 wird bestens empfohlen

Neusalz a. O.

Union-Einheitspreis-GmbH., Neusalz
Spitzenleistungen in best. Qualitätsware
5 / 10 / 15 / 20 / 25 /
35 / 50 / 75 / 1.-Mk.
9538**Milch sowie sämtl. Molkereiprodukte
stets frisch bei**
9500**Alfred Schach**, Friedrichstr. 9
Brot- und Feinbäckerei
Frau Wende & Sohn
Mathildensstraße 14
9257**Hüte / Mützen / Pelzwaren
kauft man gut und preiswert bei**
Johannes Steinbach, Betzdorfer Markt 8
9535**Stadtbad
Neusalz/Oder**
9533**Lederhandlung Otto Fiedler**
9736 Niedertorstraße 17
Otto Pockrandt
Hüte, Mützen
Holzmarktstraße 12
9737 Pelzwaren**Gerhard Adler**, Postplatz 1
9739 Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Trinkt Milch aus der
9741
Molkerei Lättnitz, Schützenstr. 17
Filialen: Neumarkt, Niederstr. 53**Gustav Staub**, Ring 35
Beste Bezugsquelle für
Woll-, Weiß- u. Manufaktur-
waren, Berufskleidung
9736**Winkel Grünberger
Bier- u. Pfloß-Biere**
9740**Max Strumpf**, Breitestraße 68
Seifen und Parfümerien
9837**Shuhwaren aller Art
„Salomander“**
9838**Rudolf Wenger**, Ring
21-22
Verkehrsstokal aller Werkstätten
9839**Patzenhofer**
A. Schneider
Eckenerstr. 24
9839**Paul Sander**
Gordian / Lederwaren
Metallbetten - Linoleum
9840**Butter-
Handlung Künella**
9840**Hirschberg**
Kaufmann verlangen in einschläg.
Geschäften reinen Gärungssesig
9599 (Natur-Essig)
J. Plischke & Seiffert, Essigfabrik**Gustav Hornig**
Großdistillation, Drahtzieherstr. 1/2
9510**Ernst Wolf**
Roßschächtereier, Mühlgrabenstr. 23
9511**Gehe Hirschberger Radiohilfe**
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9619**„Hadeva“**
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung.
zu niedrigsten Preisen
9529**Alfred Wörfel**
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 70
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533**Karl Schubert**, Pfeifferstraße 21
Fleisch- und Wurstwaren
9531**Rohhäute und Felle
kaufen zu höchsten Tagespreisen**
Caspar Hirschstein & Söhne
Dunkle Burgstraße 16
9532**Drogen - Farben - Photo
+ E. Beffner +
Am Markt**
9822**Schnellbesohlanstalt**
Gustav Jensch, Berliner Straße 8
Sie können auf jede Beschulung warten!
9534**Besucht die
Florian-Lichtspiele**
9535**Grünberg**
Lederhandlung Otto Fiedler
9736 Niedertorstraße 17**Lauban**
Größter
F. Martschin
9583 Fleisch- u. Wurstwaren**Bäckerei
H. Hohenforst**
Nieder-Alt-
9588 Lauban 9-10**Arbeiter, deckt euren Bedarf
in der
Bäckerei Paul Groß**
9585 Lichtenauer Straße 2**M. Götterle Nachf.**
Wild und Geflügel, Feinkost,
Konserven und Kolonialwaren
Größter Straße 1
9586**Christian Kasper**, Markt
Farben- und Lacke-Spezialgeschäft
9586**P. Schulze**, Breitestr. 1
Lebensmittel, Molkereiprodukte
9586**Hermann Fiedler**, Markt
18-19
Größtes Modewaren-, Kon-
fektions- und Ausstattungs-
Haus am Platze
9730**Wer gesund bleiben will, trinkt
Dr. Drawes Edel-Mate**
230 Tassen kosten nur 99 Pfennig
Erhältlich in allen Apotheken
und Drogerien
9768**Striegau**
Löwen-Drogerie
Arthur Kalms, Ring 17
9496**BEKLEIDUNGSHAUS
OSTROWER, RING 48**
9497**Karl Paul Schneider**, Ring 5
Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion
9498**Fordern Sie stets
Kühnpast-Korn!**
9499**Merkur-Drogerie C. G. Opitz**
Inhaber: Manfred Kalms
9500**Kauf Stoffe, Wäsche, Strümpfe bei
LARISCH, Ring 14**
9501**Eduard Kaschinski**, Schweißnitzer
Straße 20
9502 Fleisch- und Wurstwaren**Brauerei
Gehr. Thiel**
empfiehlt ihre erstklassigen Lager-
biere und alkoholfreien Getränke
9503**Blas-, Porzellan-, Emaille-, Stahlwaren
Haus- und Küchengeräte billigst bei**
Keller, Güntherstr. 23
9504**Reserviert Nr. 10**
9507**Bekleidungshaus
Bauschmann**
9505**Mühle und
Bäckerei
G. Urban**
9506**Molkerei und Sägewerk
Geroald Müller, Gaidauer Str. 13**
9508**Schwarzwaldau
Kurt König, Friseur**
Nr. 135
9706**Greiffenberg**
Kaufhaus J. Guttmann, Kirchstr. 3
Inhaber: Adolf Wallach
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Weiß- und Wollwaren
9534**Walter Herrmann**, Bahnhofstr. 97
Beste Bezugsquelle für
9539
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren**Edison**
Möbel und Spezialität: Polsterwaren
9624 Bahnhofstraße 25**Langenbiele**
Reserviert
9501**Reserviert H.**
9502**Reserviert**
9503**Jauer**
Lkör- und
Essigfabrik
Alois Wein
Goldberger Straße
Verlangt stets Haselbach-
und Kipke-Bier, Erlach Kell, Kirchstr. 1
9546**Schuhwaren und Zubehöre**
9550
C. Klumke, Goldberger Str. 32**Richard Wenke**
Goldberger
Straße 24
9548 Fleisch- und Wurstwaren**Wilhelm Weinhold**
Goldberger
Straße 19
9549
In Fleisch- und Wurstwaren**Reinhold Köhler**
Vorwerk-
straße 32
Fleisch- und Wurstwaren
9545**Bunzlau**
Reserviert Nr. 2
9563**Reserviert Nr. 18**
9565**Leinenhaus Hammerla**
Leinen- u. Baumwollwaren
9659
Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotasgen**Gut und billig
kaufen Sie bei
Eisenrubinstein**
9664**Reserviert Nr. 23**
9661**Ernst Reinhold**
Stockstraße 18
9662
Bekleidung und Möbel**Sortimentshaus
Theophil Rosenthal**
Markt
9660**Haynau**
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Bruno Seifert
Stockstraße Nr. 8
30002**Walter Blache**
Mechanische Schuhreparatur-Werkstatt
Ring 43 Liegnitzer Str. 76
30003**Landeshut**

Emil Gläfer, Schießhausstraße 5
Kolonial- und Tabakwaren
9636**N. Rosenfeld**, Wilhelmstraße 4
Likörfabrik - Weine - Zigarren
Friedr. Schmiedberger Str. 14
9635**Otto Gasse**, Bahnhofstraße 6
Kolonialwaren, Obst, Gemüse
9634**Alois Hempel**, Inh. Ignatz Bender
Waldenburger- Ecke Oberstr.
Kolonial- und Tabakwaren
9633**Freiwaldau**
O. Schmiedchen, Steinstr. 3
9674
Lebensmittel-Haus
und Mägenstände**Brot- und Feinbäckerei**
9675
Willy Grätz, Steinstraße 11**Alfred Pörschel**, Sturmstr. 8
Lebensmittel, Rauchwaren
9676**Brot- und Feinbäckerei**
9677
Selma Wirth, Gartenstr. 14**Flora-Drogerie**, Gartenstraße 5 a
Drogen - Farben - Foto
9679**Fritz Bohnisch**, Gartenstraße 9
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
9679**Paul Wilhelm**, Friedrichstraße 5
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
9680**Freystadt**
Feine Fleisch-
und Wurstwaren
Erich Ellinger
Grünberger Str. 1
9680**Konradswaldau**
Curt Kell, Dorfstraße 25
Kolonialwaren, Spirituosen
8 Textil- und Eisenwaren**Grünau, Rsgb.**
Max Funke
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9686**Primkenau**
Reserviert
9614**Henriettenhütte**
Brof- und Feinbäckerei
Friedrich-Ebert-Straße 4
9615**Schmiedeberg i. Rsgb.**
Reserviert
9627**n. Fleisch- und Wurstwaren**
9628
Bier- u. Fröh-
stückerhütte
Berthold Häring
Hammer-
straße**Brof- Weiß- u. Feinbäckerei**
9629
Herbert Schwabe /
Liebauer
Straße 56**Steinseifen**
Kollec-Pradier
Bäcker und Kolonialwaren
empfiehlt sich der Arbeiterschaft
9630**Fraustadt**
Reserviert L.
9912**Reserviert Kl.**
9913**Reserviert**
9914**Josef Wolf**, Hotel und Destillation
Schuhmacherstr. Ecke Schloßstr.
9915**Sprottau**
Fritz Hoffmann
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Kaiser-Otto-Straße 26
9618**Billige Lebens- u. Genussmittel**
Thams & Garis Niederlage
Judenstraße 22
9617**Selle-Apotheke**
Markt 1, Fernruf Nr. 7
9615**Fahrräder und
Nähmaschinen
Otto Großmann**
Judenstr. 3
9616**Friedrich Meyer**
Wollwaren - Wäsche
Sprottau - Primkenau
9646**Freiburg**
Neumarkt
Nr. 11
Karl Müller
Bahnhofstr.
Nr. 18
Kaffeerösterei m. elektrischem Betrieb
Lebensmittel
Spirituosen - Weine - Tabakwaren
9930**Brot- und Feinbäckerei**
Carl Kalms, Polnitz
Blücherstraße 58
9931**Brich Dresel**, Landeshuter Str 13
Manufakturwaren, Konfektion
9932**Thams & Garis**
Inh. Alfred Beger, Burgstraße 17
9933

Arbeiter, Arbeiterinnen
beachtet
bei euren Einkäufen
nur unsere Inserenten!

17. Bezirksparteitags-Beschlüsse werden verwirklicht

Weißsteiner Genossen folgen dem Beispiel der Genossen in Bunzlau, Grünberg und von der Straßenbahn Breslau — Wer meldet sich jetzt?

Weißstein. Die am 8. Januar stattgefundene Ortsleitungssitzung mit den roten Betriebsräten der Fuchsgruben sagte folgende Beschlüsse:

1. Betriebliches Flugblatt und Auswertung des Ergebnisses der Diskussion mit den Spitzenfunktionären des KAPD in der „AZ.“
2. Jede Betriebszelle zieht sich abteilungsweise die Namen aus der Unterschriftenliste, zwecks Bildung eines Vertrauensmännerkörpers und Zusammenfassung der unterschriebenen Kumpels in Stubenversammlungen.
3. Am ersten Auszahlungstage der Krümpfenden Kumpel werden mit Unterstützung der Straßenzellen und des G.-Ausschusses beim Arbeitsamt Handzettel verteilt und eine Versammlung der Werksurlauber durchgeführt.
4. In den jetzt stattfindenden Abteilungsversammlungen müssen die Mißstände festgestellt und zur Aufstellung abteilungsweise Kampfforderungen ausgewertet werden, aus denen dann das Betriebskampfformular entsteht.
5. Die Kandidaten und die Vertreter zum Wahlausschuß werden unter Berücksichtigung unserer Strategie in den Abteilungen aufgestellt.
6. Die Betriebsnummer der „Arbeiter-Zeitung“ wird mit Hilfe der Straßenzellen am Sonntag umgelegt.

7. Am Mittwoch, dem 11. Januar wird vom Erwerbslosen-Ausschuß mit Hilfe der Straßenzellen eine Erwerbslosenversammlung durchgeführt.

8. Die 22. Feiertag wird auf den 29. Januar festgesetzt. Gespielt wird unter anderem: „Der Verrat in einer Nacht.“ Die in den genannten Beschlüssen aufgeführten Arbeiten müssen bis 17. Januar durchgeführt werden. Wenn das Ziel erreicht werden soll, muß jeder einzelne Genosse auf dem Posten sein, seine Kräfte anspannen.

Wir berichteten bis jetzt, wie die Straßenzellen in Bunzlau, die WZL Grünberg und Bunzlau an die Verwirklichung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitags herangegangen sind. Der Bericht der Ortsleitung Weißstein zeigt, in welcher Weise die Straßenzellen für die Durchführung der Beschlüsse auf dem wichtigsten Frontabschnitt unserer Arbeit, in den Betrieben helfend eingegriffen werden müssen.

Genossen, die Bourgeoisie läßt uns nicht viel Zeit, um unsere Beschlüsse auf dem 17. Bezirksparteitag zur Heranführung der Arbeitermassen, über Teilkämpfe an entscheidende Kämpfe, um die Arbeiter- und Bauernrepublik zu verwirklichen, folgt daher überall dem Beispiel der Genossen in Bunzlau, Grünberg, der Straßenbahn Breslau und der Genossen in Weißstein! Folgt nicht nur gute Beschlüsse, sondern setzt diese rasch in die Tat um!

Machtvolle Kundgebung in Bollenhain

Für vergangenen Sonntag hatte die Ortsgruppe der SPD. zu einer Demonstration mit Kundgebung gegen „Hunger, Frost und Schleicher-Diktatur“ aufgerufen. Rund 100 Männer und Frauen beteiligten sich an der Demonstration. Durch große Einschränkungen verbot die Polizei-Verwaltung die Wirkung der Kundgebung und Demonstration abzuwachen. Jedoch sie hatten sich geirrt. Rund 500 bis 600 Werktätige waren zu der Kundgebung auf dem Ring erschienen, um den Weg aus der Verleumdung aus dem Mund der Kommunisten zu hören. Als Referent war Genosse Biller, Bresslau, erschienen. Auf Grund dessen, daß die Polizei-Vorherrschaft in Verbindung mit wilschürigen Knechten aus gegnerischen Organisationen, der hiesigen Ortsgruppe der Partei alle Fälle abgerungen hatte, sodas die Partei schon in der letzten Wahlkampagne keine öffentlichen Versammlungen mehr abhalten konnte, sprach Genosse B. in der Kundgebung eine Stunde zu den Massen. Ausgehend von der 10jährigen Weibkehr der Ruhrbesetzung bes. handelt der Redner den Lebensweg der 10 Jahre, charakterisierte die Schleicher-Regierung. Ob vom stürmischen Beifall begleitet, nagelte er die Nazi und SPD. als treue Schleicher-Knechte an, und wies zugleich den Weg aus Elend und Not. Die anwesende Polizei war ziemlich nervös und versuchte bereits vor der Kundgebung des Gen. B. habhaft zu werden. Wer die Kampfstimmung der Massen noch so stark, daß die Polizei sich mit einigen Bemerkungen begnügte und an keine Verhaftung dachte. Der Polizeibeamte Schmidt versuchte auf dem Rückmarsch die Demonstranten aufzulösen, jedoch scheiterte sein Vorhaben an der Kampfgewilligkeit der Demonstranten.

Die Kundgebung war ein glänzender Auftakt zur Einheitsaktion gegen Hunger, Frost und Schleicher-Diktatur, für Öffnung des Speichers, für die Durchführung der Beschlüsse des 12. Offi-Plenums und 17. Bezirksparteitag, für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Kampfbundortsgemeinschaft Landeshut in der Offensive

Die Ortsgruppe hat in der Zeit vom 2. bis 9. Januar vier Schulungsabende durchgeführt. Außerdem in dieser Zeit 3 Landbesammlungen in der Kam. Köppl, Kothensbach, Irsch. Die Ausführungen des Kam. Köppl wurden von der Bevölkerung in Alt-Weißbach, Mochnau und Schreienborn mit Begeisterung aufgenommen. Der Erfolg war groß. 23 Aufnahmen waren zu verzeichnen. 100 „Rote Front“ und eine ganze Anzahl Broschüren wurden umgelegt. Wo bleiben die anderen Ortsgruppen? Nehmt euch ein Beispiel an dieser Ortsgruppe! Kameradinnen, Kameraden, Jungkameraden, heran an die gewaltigen Aufgaben, die wir zu lösen haben. Landeshut gibt das Beispiel. Formiert zur Erringung unseres im Dreimonatsplan gestellten Soll! Der Ortsgruppe Landeshut ein dreifaches „Sturmberet!“

Generalversammlung der Metallarbeiter Freiburges

Metall Arbeiter, am Donnerstag, dem 12. d. Mts., abends 19 1/2 Uhr, findet im „Blücher“, Pölsnitz, die Generalversammlung statt. Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen. Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen.

Ein Schädling der Organisation

Ist der Kassierer jeder Ortsgruppe, welcher nicht sofort Karten für 1933 bei der WZ. des KAPD. bestellt. Mitglieder, kontrolliert euren Kassierer!

Entfaltet den Massentampf der Jungbergleute

gegen die Militarisierung durch die Berufsschule

Diesen Artikel bringen wir nicht allein für die Jungbergleute. Er soll besonders von den Kameraden des KAPD. und den roten Betriebsräten sowie allen Bergarbeitern gelesen werden. Die Militarisierung der Bergbaujugend ist eine ernste Gefahr für die gesamte Bergarbeiterchaft. Darum müssen alle Kameraden, vor allem die des KAPD. und die roten Betriebsräte der Jugend im Kampf gegen die Militarisierung helfen.

Die Redaktion.

Im Rahmen ihrer Aufrüstungspolitik führt die deutsche Bourgeoisie einen verschärften Kampf um die Gewinnung der Jugend, um diese in vielerlei Organisationen, Körperschaften und Schulen zur Militarisierung und Faschisierung zu erziehen. Über 285 000 Jungbergleute befinden sich zurzeit in den Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes, davon allein über 18 000 in Schlesien. Andere 100 000 Jungproleten werden durch das Reichsministerium für Jugendberufshilfe einer militärischen Ausbildung unterworfen. Durch das schreckliche, aber die Not der arbeitslosen Jugend vergrößerte „Notwerk der deutschen Jugend“ sollen wiederum 200 000 bis 300 000 Jungbergleute in von faschistischen Organisationen geschaffenen freiwilligen Kolonnen körperlich ertüchtigt werden.

Doch nicht allein die Jungbergleute bezieht die Bourgeoisie in die Militarisierung ein, sondern gleichzeitig vollzieht sich eine stärkere Militarisierung und chauvinistische Verhetzung der Jugend in den Betrieben. Die Grundlagen der Militarisierung der Jugend in den Betrieben sind die Dinta-Lehrwerkstätten und die Berufsschulen. Vor einiger Zeit meldeten wir bereits, daß

die Jungbergleute vom Tiefbauschacht in Waldenburg Ausbildung in Gasmasken erhalten, und, mit Gasmasken bekleidet, Übungen durchführen müssen.

Diese Linie der Militarisierung der betriebstätigen Jugend wird in Waldenburg durch die Zusammenlegung aller bergmännischen Berufsschulen zu einer zentralen bergmännischen Berufsschule auf dem Witzmar schacht verstärkt durchgeführt. Die Zusammenfassung der Jungbergleute in der zentralen Schule geschieht in erster Linie vom Standpunkt der Militarisierung der Jugend.

Mit der Zusammenlegung ist auch eine große Verschlechterung der Lage der Jungbergleute verbunden. Die Schule liegt von den einzelnen Schachtanlagen teilweise bis zu acht Kilometer entfernt. Die Jungbergleute sind nun gezwungen, nach achttündiger schwerer Arbeit mit hungrigem Magen den weiten Weg zu Fuß zurückzulegen, dann bis 8 Uhr in der Schule anzuharren, um nach Beendigung des Unterrichts noch einen weiteren Weg nach Hause anzutreten. Diese Mehrbelastung der Jungbergleute wird durch keinen Pfennig entschädigt. Gegen diese Maßnahme setzen sich bereits Teile der jungen Arbeiter zur Wehr und fordern die Rückgängigmachung der Verfügung, welche die Zentralisierung der bergmännischen Berufsschule betrifft. Dies kommt besonders darin zum Ausdruck, daß Jungbergleute, parteilose Jungarbeiter und andere Jungarbeiter in einer Stubenversammlung die Festlegung von Kampfmaßnahmen besprochen haben und von unseren roten Betriebsräten entscheidende Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen verlangten. Im Kampf um unsere Forderungen fanden sie die beste Unterstützung und Hilfe durch die Jungkommunisten und KAPD.-Jugend.

Wenn noch keine wesentlichen Erfolge zu verzeichnen sind, so ist dies in erster Linie in der falschen Politik unseres Verbandes, und der roten Betriebsräte, zu suchen, welche die Kampfkräfte der Jungbergleute unterschätzen und den außerparlamentarischen Kampf durch Bittgesuche und Denkschriften an die Direktion bzw. Stadtverwaltung ersetzen.

Die Forderungen der Jungbergleute auf Verlegung der Berufsschule in die Arbeitszeit bei voller Weiterzahlung des Lohnes, die Rückgängigmachung der Verfügung über die Zentralisierung der Schulen und die Anerkennung der Schülerräte und Jugendvertrauensleute auf den einzelnen Schachtanlagen als die rechtliche Vertretung der Jugendbelegschaft kann nur durch die Organisation des Kampfes, durch die Auslösung des passiven Widerstandes und der Streikämpfe auf der Grundlage der Einheitsfront erkämpft werden. Unsere roten Betriebsräte müssen sofort ihre Politik korrigieren und gemeinsam mit dem KAPD. und der KAPD.-Jugend durch die Organisation von Jugendbelegschaftsversammlungen auf jeder Schachtanlage durch die Mobilisierung

der Eltern der Jungbergleute die Kämpfe der Jungbergleute vorbereiten. Dabei muß beachtet werden, daß die Grundlage des Kampfes die Einheitsfront für die Durchsetzung der Forderungen der Jungbergleute ist.

Die KAPD.-Genossen müssen die Verbrüderung der christlichen, sozialdemokratischen und parteilosen Jungarbeiter herbeiführen.

Die ganze Arbeit und Stokkraft des KAPD. im engeren Waldenburger Revier muß auf die Erfüllung dieser Aufgaben gerichtet werden. Hier müssen unsere Ortsgruppen mit Hilfe der Partei ein Beispiel schaffen, wie man einen Kampf vorbereitet und ausführt. Die KAPD.-Jugend muß bei der Vorbereitung des Kampfes als der Organisator und Führer der Kämpfe der Jungarbeiter stärkstens in Erscheinung treten, zugleich müssen die Jungbergleute in den Belegschaftsversammlungen und Jugendversammlungen Delegationen wählen, welche die Jugendbelegschaftsversammlungen des reformistischen, christlichen und kirchlich-Dunderschen Bergarbeiterverbandes aufsuchen, um dort die Fragen des Kampfes zu stellen.

Soll der KAPD. diese Aufgabe voll erfüllen, so bedarf er der stärksten Unterstützung und Hilfe seitens der Partei. Die Parteizellen müssen in ihren Betriebszeitschriften zu diesen Fragen Stellung nehmen und die erwachsenen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gewinnen. In den einzelnen Abteilungen und Revieren sind Beschlüsse zu fassen, welche die Erfüllung der Forderungen der Jungbergleute verlangen. Bei der ganzen Agitation und Propaganda muß die Partei aktiv an der Seite des Jugendverbandes stehen.

Nur wenn so der KAPD. die beste Unterstützung seitens der Partei findet, und gemeinsam mit dem KAPD. an die Organisation des Kampfes herangeht, wird es uns möglich sein, die faschistischen Maßnahmen der Behörden zurückzuschlagen und die Forderungen erfolgreich durchzusetzen.

„Klassentampf“ und „Realpolitik“ der Rauffunger SPD.

In der „SPD.-Volkszeitung“ für das Riesengebirge, heulen die, wegen der Winterhilfe entpuppten Heuchler, wieder einmal in der erbärmlichsten Weise. Ihnen sei ins Stammbuch geschrieben, daß wir auch ferner ihre Rollenrolle für das kapitalistische System aufzeigen werden. Das hindert uns jedoch nicht, die vergangene Zeit hat dies am Ort und in der Umgegend bewiesen, daß wir den Nazis aus schärfste entgegentreten. Wo blieben aber die großmäuligen SPD.-Größen? Sie hatten in der Mehrzahl zu Hause. Hier muß auch an die Koschony-Versammlung erinnert werden. Wer trotz der großen Not der Hilfsbedürftigen und der elenden Rücksätze, die Forderungen gegen Hunger und Frost, als „Agitation“ bezeichnet, treibt in Wahrheit Schindlerpolitik. Das Geschreibsel darüber, daß wir unsere Anträge nicht ernst nehmen, ist bewusste Lüge, vielmehr trifft das auf die zu, die als SPDler die Anträge mit unterschrieben und zugestimmt haben, um dann als Gemeindevorsteher dagegen zu stimmen. Um die öffentliche Meinung, insbesondere die bürgerlichen Steuerzahler dagegen aufzuheizen, stellt man die Tatsachen vollständig auf der Kopf. Man zieht immer die Höchstsumme in den Vordergrund. Die Tatsache, daß der Gemeindevorteil 12 580,50 Mark betrug, wird durch Berechnungen verschleiert.

Die einheitliche Linie der SPD., zeigt sich so recht bei der Richtigerhöhung, 1 Vertreter dafür, die anderen dagegen, sie sind ja Dauerangehörige, besonders der bekannte „Musterbetriebsrat“. Man vergleicht Rauffung mit Gahnan, verschmeißt aber, daß die Rauffunger Sätze erheblich niedriger sind. Daß die Steuerhöhe nicht bei den Gemeindevorsteher ist, wissen wir, unsere Fraktion hat im Reichs- und Landtag jederzeit

Bekämpfung der Reichen

verlangt, hier war die SPD. mit der Wehner, besonders unter der Müller-Regierung. Arbeiter, Werktätige, wo ist der Sozialismus der versprochen wurde 1918 und 1919? Hunger, Elend und Terror in ungeheurer Ausmaße ist stattdessen gekommen,

Hungerlöhne und Unterhaltungen, Millionen Arbeitslose, Steuern für die Armen, Geld für die Reichen, das hat ihr der SPD. mit zu verdanken. Während die Kommunisten im alten Preise Schöndra u. im letzten Jahre, die Arbeitslosen mehrmals mobil gemacht haben, und dadurch die 15prozentige Kürzung der Wohlfahrts-Unterstützungen unterließ, schmieren die 5-Pfennig-Zeitungsblätter in die „Volks-Zeitung“. Trotzdem viele SPD.-Leute seit 1918 in der Gemeindevertretung saßen, wurden erst durch den SPD.-Vertreter nach der Wahl 1929, Anträge für Arbeitslose und Hilfsbedürftige gestellt. Jetzt aber hat die Sozialdemokratie mit den Bürgerlichen die bürgerliche „Winterhilfe“ und 500 Prozent Bürgersteuer zuzugebracht. Es läßt sich leicht „Wohlfahrt“ vorläufigen, wenn Landwirte und Geschäftskleute die Sachen spenden. Diese Lohndiebstahl fällt auf die Wohlfahrtskassen der „Arbeiter-Wohlfahrt“ selbst zurück. Wir werden dafür sorgen, daß diese Gumm-Wirtschaft in Bälde aufhört. Bei der Kinderpeinung macht man aus 1800 Mark gleich 18 000 Mark. Die Zahlung wurde auch in den Anträgen verlangt. 140 Personen haben je 3 Mark erhalten, davon stammen 300 Mark hierfür von Herrn Dr. Schütz. Bezüglich der Pöhle trifft der Sachverhalt zu, daß das Braunkohlensyndikat dieselben liefert, also die SPD. hat nicht das geringste Verdienst dabei. Also nicht mit fremden Federn schmücken. Was die „Spaltung der Gewerkschaften“ anbelangt, so besorgen das die Reformisten selber am besten, durch ihre Niederlagenaktien eilen sie Hunderttausende aus den Verbänden, die revolutionären Kollegen schließen sie aus.

Bei der SPD. gibt es Hunderttausende Postenjäger, die die Arbeiterbewegung als Sprungbrett ins Lager des Klassenfeindes benutzt haben. Viele Beispiele dafür gibt es am Orte. Wir kämpfen politisch, nicht persönlich, aber wenn nötig, werden wir die ganze Schmiergesellschaft Revue passieren lassen. Wir erinnern an die Tschirhauß-Winter-Versammlungen, an die Umstände bei der Gemeindevorsteherwahl, dort brauchte man die Stimme des Kommunisten. Warum noch Eintrittskarten zu den Sitzungen? Trotz Verleumdung vorwärts, die Proleten erwachen, deshalb euer Verrger, hat doch

die SPD. in Rauffung und acht andere Orte der näheren Umgebung die SPD. überholt.

Wer unterstützt Polizeispitzel? Bei der SPD. liegen sie hoch im Bogen heraus. Wer Koste, Severing, Borgebel und unzählige andere Polizeipräsidenten der SPD., organisieren die Spitzel, und haben sich als Mittel der Ausbeuterklasse betätigt. Hinans mit dem Schmierwisch, mit der „Volks-Zeitung“ aus euren Wohnungen! Hinans mit den Salaien aus den Funktionen der Gewerkschaften und Betrieben! Wagt überall revolutionäre Kollagen. Setzt und absonnert die „Arbeiter-Zeitung“.

Am Sonntag hinaus aufs Land!

Sonntag, den 15. Januar, findet für den schlesischen Bezirk ein Landsonntag statt. Hierzu sind außer der Partei alle Massenorganisationen zu mobilisieren. Es gilt, auf den wichtigsten Dörfern und Gütern vorzustößen, Stubenversammlungen mit den Landarbeitern und Bauern abzuhalten, neue Ortszellen für die Partei zu schaffen, die Landarbeiter zum Streit gegen den geplanten Lohnabbau zu mobilisieren. Die Bauern, Pächter und Siedler zum Kampf gegen die Verleumdung aufzurufen, Bauernkampfkomitees zu wählen. Es gilt, das ganze werktätige Volk des flachen Landes aufzurufen gegen die schlesische Schleicher-Diktatur, für eine Arbeiter- und Bauernregierung. — Berichtet über eure Erfolge nach Beendigung des Landsonntags sofort an die WZ.

WZ. Schlesien der KAPD., Land.

Kampf um die Gewerkschaftslisten im Zeichen der Klasseneinheit

Die sozialdemokratische Presse stellt mit Empörung fest, daß die kommunistische Partei an ihre Funktionäre die Direktive gegeben hat, alle Kraft einzusetzen, um die Betriebsräte wahlen zur Schaffung der Einheitsfront auf dem Boden der Arbeiterkampforganisationen auszuführen. Damit behält die sozialdemokratische Presse von vornherein, daß es ihr darauf ankommt, die Spaltung der Arbeiterfront zu vertiefen und die organisierten und unorganisierten Arbeiter gegeneinander auszukübeln.

Wir bestätigen der SPD-Presse ausdrücklich, daß es uns darauf ankommt:

In jedem Betrieb durch den Kampf um die Gewerkschaftslisten die Gewerkschaftsmitglieder und unteren Gewerkschaftsfunktionäre für die Arbeiterforderungen zur Betriebsrätewahl zu gewinnen und auf dem Boden der Klassenforderungen der Arbeiter die Kampfeinheit, ungeachtet der Organisationszugehörigkeit, herzustellen.

Wir wollen, daß sich in allen Betrieben die Gewerkschaftsmitglieder erklären für den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für die betrieblichen Forderungen, für die Zurückforderung der gestrichelten Löhne, gegen die Zusammenarbeit des Bundesvorstandes des DGB mit der faschistischen Schleicher-Regierung und ihrer Stütze, der NSDAP. Zudem sich die Gewerkschaftsmitglieder für diese elementarsten Klassenforderungen und für die betrieblichen Teilforderungen erklären und nur solche Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre als Kandidaten vorschlagen, die auf dem Boden solcher Arbeiterforderungen stehen, werden diese oppositionellen Gewerkschaftslisten in den Betrieben mit starkem Organisationsverhältnis zu wirklichen Listen der Einheitsfront der Arbeiter.

In den Betrieben mit schwächerem Organisationsverhältnis gilt es besonders auf Grund der Streikerfahrungen in den letzten Monaten in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen gleichzeitig zu beschließen, gemeinsam mit unorganisierten Arbeitern auf einer „Einheitsliste“ oder „Oppositionellen Gewerkschaftsliste“ zu kandidieren und die endgültige Kandidatenaufstellung in der Belegschaftsversammlung durchzuführen. In den Betrieben, wo die Arbeiter mehreren gewerkschaftlichen Organisationen angehören, z. B. dem Einheitsverband der Bergarbeiter, dem Verband der Bergbauindustriearbeiter oder dem Christlichen Bergarbeiterverband wenden sich die Mitglieder der roten Gewerkschaften offen an die Mitglieder des reformistischen oder christlichen Verbandes mit dem Vorschlag, auf Grund bestimmter Klassenforderungen und betrieblicher Forderungen eine Einheitsliste durch die Belegschaftsversammlung aufzustellen. Wer auf der Liste kandidiert, darüber soll die Belegschaft entscheiden.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wird alles versuchen, die Kandidatenaufstellung bis zur letzten Minute zu verschleppen, um damit eine gründliche Stellungnahme der Gewerkschaftsmitglieder und der Belegschaft zu den Kandidatenvorschlägen vor Einreichung der Liste zu verhindern. Von unserer Initiative, von unserem Einfluß unter den Gewerkschaftsmitgliedern, von der rechtzeitigen Stellungnahme zu den Forderungen und Kandidatenfragen vor allem in den Abteilungsversammlungen ist es abhängig, mit welchem Erfolg wir die sozialdemokratischen Manöver durchkreuzen können.

Wo es noch nicht gelingt, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Kampforganisationen und damit für die Aufstellung oppositioneller Kandidaten zu gewinnen, setzen wir alle Kräfte ein, um durch Beschlässe der Abteilungsversammlungen und der Belegschaftsversammlungen eine Einheitsliste (bei starkem Organisationsverhältnis oppositionelle Gewerkschaftsliste) aufzustellen, auf der eine größere Zahl oppositioneller Mitglieder und Funktionäre der reformistischen und christlichen Gewerkschaften kandidieren. Ebenso führen wir den Kampf um die Aufstellung der Listen zu den Angestelltenräten.

Diese unsere Taktik bei den Betriebsräte wahlen zeigt, daß wir alle Kraft einlegen zur Mobilisierung, Zusammenfassung und Sammlung der Arbeiter zur Einheitsfront gegen Kapitalsoffenheit und Faschismus.

So wollen wir die Teilkämpfe und den Massenkampf um die täglichen Interessen der Arbeiter organisieren und die Betriebe zu roten Hochburgen des Kampfes gegen die faschistische Schleicher-Regierung und für eine Arbeiter- und Bauernrepublik machen.

Wir fragen alle Gewerkschaftsmitglieder, ist nicht die wichtigste Lüge der Streikführer gegen die Lohnabbauverordnungen Papens, daß überall dort der Lohnabbau zurückgeschlagen werden konnte, wo die Arbeiter, Tramfahrer und Unorganisierte gemeinsam kämpften? Die kämpfende Einheitsfront in den Betrieben gegen die Lohnabbauverordnungen Papens und besonders die Streikeinheit der Verkehrsarbeiter in Berlin führten vor allem zum Sturz der Papen-Regierung. Das Schleicher-Kabinett führt die Papen-Politik weiter, mit dem Unterschied, daß es gescheitert ist, mit Hilfe der Leiharbeiter und Löhner die Kampffront der Arbeiter zu brechen, um so die faschistischen Pläne leichter durchsetzen zu können. Die Politik der faschistischen Konzentration und der Isolierungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie gilt es besonders bei den Betriebsräte wahlen mit der Zusammenfassung der Kampfeinheit in den Betrieben und der höchsten Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften zu beantworten.

Jede Möglichkeit nützen wir aus, um die Massen der Arbeiter für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen und für die AGL und die roten Einheitsverbände zu werben.

Betriebsräte wahlen im Zeichen der Einheitsfront, das heißt: Organisierung des Kampfes für die Zurückforderung der gestrichelten Löhne, für die Erhöhung des Gehaltes und der Arbeitszeit und Bezahlung der Wartezeit, das heißt: Kampf gegen die Entlassungen, das heißt: Kampf um die Arbeiterrechte und das heißt: Mobilisierung der Belegschaften gegen Abbau der Sozialleistungen, gegen Margarine-Konkordanz, gegen Hitlerfaschismus, gegen imperialistische Kriegspolitik und Versailles Diktat, gegen die Schleicher-Regierung, für die Vereinfachung der Sowjetunion, für die Arbeiter- und Bauernpolitik, für den Sozialismus.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, aber auch die Führer der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, toben in ihrer Presse deshalb gegen die Einheitsfront, weil sie den gemeinsamen Kampf der Arbeiter fürchten. Wir werden deshalb erst recht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie und jene führenden sozialdemokratischen Betriebsräte, die die Leiharbeiter-Politik propagieren, auffordern, sich vor den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb und in den öffentlichen Belegschaftsversammlungen über ihre Politik des 20. Juli, über ihre Theorie: „In der Krise kann man nicht freizeiten“, über ihre Zusammenarbeit mit Schleicher, über ihre Unterdrückung des Arbeitsdienstes usw. zu verantworten. In den Betrieben, wo die Nationalsozialisten Einfluß haben, werden wir in ähnlicher Weise mit dem Hitlerfaschismus abrechnen über seine kapitalistische Wirtschaftspolitik.

und Streikbruchpolitik, seine Stellungnahme gegen die Sozialversicherung, seine Margarine- und Jolkowicherpolitik und seine schändlichen Erklärungen für Bezahlung der Internationalen und privaten Tribute. Vor allen Arbeitern in den Betrieben stellen wir stärker denn je die Aufgaben des Massenstreikes und die Fragen des Weges zum Sozialismus im Zusammenhang mit den Lehren des Kampfes der Arbeiterklasse in der Sowjetunion.

Die Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse zeigen, wie unangenehm ihnen der Kampf der Arbeiter um die Betriebsrätewahl ist. Es wäre ihnen nicht unangenehm, den Arbeitern noch ein Jahr das Recht auf die Wahl der Betriebsräte zu rauben, weil sie es mit Hilfe Brünings getan haben. Wenn das schon nicht möglich ist, dann wollen sie wenigstens die Betriebsräte wahlen so überraschend und kurzfristig durchführen, daß eine gründliche Mobilisierung der Belegschaft vermißt wird.

Gegenüber dieser Taktik der sozialdemokratischen Bürokratie appellieren wir an alle Betriebsbelegschaften, sofort in allen Betrieben, in allen Betrieben und auf allen Gliedern die Verträge der Betriebsräte oder Gutsräte entgegenzunehmen.

Neut öffentliche kameradschaftliche Selbstkritik an der Tätigkeit enurer Betriebsräte und zieht die Lehren aus den Kampferfahrungen des letzten Jahres, damit künftig mit größerem Erfolg der Kampf um die Arbeiterforderungen geführt wird. Wählt in den Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen Wahlausschüsse als Einheitsfrontorgane zur Führung der Kampagne, zur kritischen Prüfung der Tätigkeit der Betriebsräte, zur Vorbereitung der Vorschläge für die neue Kandidatenliste. Sorgt dafür, daß die Arbeiterinnen entsprechend ihrer Bedeutung bei der Kandidatenaufstellung vertreten sind.

Fordert in den Betrieben die sofortige Einsetzung des Wahlvorstandes und Beschlußfassung über jene Forderungen, für deren Durchsetzung die Belegschaft in allen Abteilungen mobilisiert wird und auf deren Grundlage die Aufstellung der Kandidaten erfolgen soll. Vor fast zwei Jahren fanden die letzten Betriebsräte wahlen statt. Da darf nicht mehr bis März oder April gewartet werden mit der Einleitung der Neuwahl, sondern wir fordern überall die sofortige Neuwahl der Betriebsräte. Gerade weil die Schleicher-Regierung und auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie die Betriebsräte wahlen möglichst weit hinausschieben wollen, weil die Kampfmobilisierung zu den Betriebsräte wahlen die Durchführung ihrer faschistischen Pläne zumindestens erschwert, deshalb darf in keinem Betrieb kein Tag mit der Vorbereitung der Betriebsräte wahlen verzögert werden.

Kommunistisches Stadtverordnetenpräsidium

Breslau, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) In der ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums wurde das gesamte Präsidium von Mitgliedern der kommunistischen Fraktion besetzt.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!
Au alle Kollegen im DMB!

- Branchenversammlungen des DMB, Ortsverwaltung Breslau Chirurgie- und Orthopädie-Mechaniker: Donnerstag, den 12. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
 - Maschinenarbeiter, -arbeiterinnen und -hilfsarbeiter: Freitag, den 13. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.
 - Heizungsmonteur und Helfer: Sonnabend, 14. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
 - Autoschlosser: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
 - Dreher und Revolverdreher: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
 - Schmiede und Reffelschmiede: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.
 - Schweißer, Werkzeugmacher und Feilenhauer: Mittwoch, 18. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
 - Formen- und Verputzgenossen: Donnerstag, 19. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
 - Maschinen- und Konstruktionschlosser: Donnerstag, 19. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.
 - Elektriker: Sonnabend, 21. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
 - Schiffbauer: Sonnabend, 21. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.
 - Betriebsräte und Vertrauensleute: Dienstag, 24. Januar, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.
 - Kupfererschmiede: Sonnabend, 28. Jan., Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
- Sämtliche Versammlungen beginnen um 19.30 Uhr!

Ergebnisse im Geschäftsjahr 1932 bei der Volksfürsorge

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Belastungen der Werktätigen durch die Arbeitslosigkeit, durch Schrumpfung des Einkommens, neue Steuern etc., haben auch auf die Entwicklung der Volksfürsorge nachteilig eingewirkt, die ihre Verarbeit fast ausschließlich in Kreisen der Werktätigen betreibt. Die Zahl der neu beantragten Lebensversicherungen ging insgesamt gegenüber dem Vorjahre zurück. Zusammen sind aber noch 165 445 Anträge eingereicht worden, eine Zahl, die wohl kaum von einer anderen Lebensversicherungsgesellschaft in Deutschland erzielt worden sein dürfte.

Leider sind manche Versicherte dazu übergegangen, ihre Versicherungen durch Einstellung der Prämienzahlung in ihrem Werte zu mindern oder durch Rückkäufe ganz aufzuheben. Durch diese Auswirkungen der Krise verminderte sich der Versicherungsbestand der Volksfürsorge. Die Zahl der bestehenden Versicherungen beträgt aber immer noch 2 Millionen. Die Volksfürsorge bleibt mit diesem Bestand nach wie vor das größte Volksversicherungsunternehmen Deutschlands.

Ihr Gesamtvermögen ist bis Ende 1932 auf rund 200 Millionen Reichsmark angewachsen, das, wie bekannt, zu einem großen Teil für den gemeinnützigen Heimwohnungsbau und in kommunalwirtschaftlichen und für Lebensversicherungsgesellschaften geltenden gesetzlichen Vorschriften angelegt ist. Die Sicherheit der angelegten Gelder war selbstverständlich auch während der finanziellen Krisenmonate der heutigen Wirtschaft bei der Volksfürsorge immer gewährleistet.

In den letzten Monaten ist die Entwicklung bei der Volksfürsorge durch Steigerung des Neugeschäfts und Zunahme der Wiederertragsleistungen schon wieder sehr günstig verlaufen.

Wfänder-Pluktion
Mittwoch, 18. Jan.
Leihhaus
Grundmann
Trebntzer Str. 21

Heeresgut

- Pulswärmer neu 0.20
- Fingerhandschuhe, neu 0.75
- Fausthandschuhe, neu 0.95
- Deitschladen gebraucht 1.50
- Deitschhosen gebraucht 1.75
- Webstischbezug, 100. mit Staubläsche 5.95
- Reißstiefel gebraucht v. 8.50
- Schaffstiefel 12.45
- 1/4 Stiefel 13.95
- Reißstiefel 14.45

- Militär-Mäntel
- Fliegerpelze
- Radpelze
- Wachpostenschuhe
- Sitzstiefel usw.

Wischer

Ciegnitz, Frauenstr. 53
Eingang Mühlentstr.

Wenig gebrauchte
Nähmaschinen
weit unter Neupreis
mit Garantie abzugeben. Auf Wunsch Teilzahlung

J. Drehtler & Co.,
Breslau, Ring 6

Spezialhaus für Bastler

Bastlerquelle

- Spezialität
- Sperrplatten
- Laubsägeholz
- und alles was der Bastler braucht
- Brüderstraße 81
- Telephon 57494
- Friedr. Wilh. - Str. 62
- LIEGNITZ, Burgstr. 19

Wir liefern

- Plakate
- Briefbogen
- Rechnungen
- Programme
- Einlaßkarten
- Flugblätter
- Werke
- Zeitung
- Zeitschriften
- Massenaufgaben
- in Flach- und Rotationsdruck
- preiswert

FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU

Trebntzer Str. 50
Telephon 484 55

Partei-genossen!

Beachtet

bei allen Einfäulen immer nur unsere Inserenten!

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

Pfänderversteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, dem 19. Januar 1933
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 100 000
Bietungsstation Nr. 10. —
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt
Breslau, G. m. b. H.
Schubert

Weitere Gelegenheitskäufe

- 80 cm breites feinfädiges Hemdentuch mit fast unmerklt. Webefehlern 22.77
- Reststücke 130 cm breiter Bettlinon leinenglanzende Qualität Meter 65.77
- 1 Fabrikposten prima schlesische Züchen hellgrund. Muster, Deckbettbreite Mtr. 94 Pfl., Klassenbreite . . . Meter 56.77
- 1 Menge mittelfeine, weiße Köperbarchent-Reste bes. geeignet f. Kinderwäsche in Längen v. 1—2.50 Mtr. 36.77
- Einzelstücke ganz gute, echtrote garantiert federleicht Köperinletts Deckbettbreite Stück 1.98 Klassenbreite Meter 1.25
- Gebielichte, rein- und halbleinene besonders gute Gesichtsbändlucher darunter viele extra gr. Damast- u. and. Gewebe, St. 72 52.77
- Feinfarbige Futter-Damenschlüpfer schwere Qualität . . . Größe 42 69.77
- Reinwollene Stricksocken 2x2 Länge alles verstärkt Paar 58.77
- Einige hundert Paar gute u. kräftige Strapazier-Socken hauptsächlich schwere Vigogne, Schweiß- und andere Qualitäten, z. Ausschauen, Paar 38.77
- 11. Quant. extra weite, weiße warme Frauen-Bemden mit und ohne volle Achsel, aus mäßig Köperbarchent Stück 1.95, 1.85 1.25
- Einzelstücke und Kupons ganz guter bedruckter Kleider-Barchent dunkelgrund. Frauenmstr. Mtr. 88 58.77
- Warme Damen und Herren-Pantoffeln mit leichter Ledersohle Paar 68.77
- Warme Stoff-Hausschuhe für Herren Paar 1.10, für Damen Paar 95.77
- 2000 Stück Speiseteller tief, Steingut, kl. Fehler, Stück 8.77
- 600 St. Glühstrümpfe für Normal- u. Lilliput, mit klein. Webefehlern . durchweg Stück 45.77
- Isolierflaschen 1/2 Liter Inhalt, mit Aluminium-Trinkbecher Stück 44.77
- 2000 Stck. Likörgläser in verschiedenen Formen und Größen, zum Ausschauen St. 5. 3.77
- Porzellan-Goldrand-Speiseteller tief Stück 28.77

Waldschmidt
Messing
Schmiedebrücke

Achtung! Die Sonderzeitung erscheint am Anfang nächster Woche

Die Sonderzeitung „Internationale Front“, gemeinsames Kampforgan der Arbeiter und Bauern Deutschlands und Polens, ist zwölf Seiten stark, erscheint in rotem Druck, enthält eine ganze Reihe guter Bilder aus der Kufflands- und Plebiszeit, sowie Artikel über die Kriegsvorbereitungen des deutschen und polnischen Imperialismus, kostet nur 10 Pfennig. Diese Zeitung muß in einer Massenauflage in den Grenzbezirken Schlesien und Oberschlesien vertrieben werden. Die Ortsgruppen, Zellen und Stadtteile müssen den Vertrieb der Sonderzeitung sofort organisieren.